

Der siebente Reichstag

Von Ministerialrat Dr. Kaifeng

Der am 31. Juli 1932 mit 608 Abgeordneten gewählte Reichstag verlief schon in seiner zweiten Sitzung am 12. September der Auflösung durch den Reichspräsidenten. Bei der Neuwahl am 6. November wurden 583 Abgeordnete gewählt, die sich auf folgende Parteien verteilen:

Nationalsozialisten	196	Sitze
Sozialdemokraten	121	"
Kommunisten	100	"
Zentrum	69	"
Deutschnationale	51	"
Bayerische Volkspartei	20	"
Deutsche Volkspartei	11	"
Christlich-Sozialer Volksdienst	5	"
Deutsche Bauernpartei	3	"
Deutsche Staatspartei	2	"
Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund	2	"
Wirtschaftspartei	1	Sitz
Thüringer Landbund	1	"
Deutsch-Hannoversche Partei	1	"

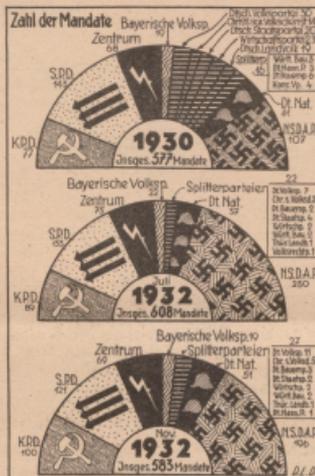
583 Sitze.

Parteien	Stimmen					Sitze			Zu oder Abnahme gegenüber Juli 1932 Spalte 9 = 100
	6. Nov. 1932		31. Juli 1932		6. Nov. 1932		31. Juli 1932		
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Nationalsozialisten	11 757 186	35,1	15 779 111	37,4	196	35,6	250	37,8	- 11,1
Sozialdemokraten	7 251 416	20,4	7 959 712	21,6	121	20,8	135	21,9	+ 5,0
Kommunisten	5 980 240	16,9	5 369 698	15,0	100	17,2	89	14,6	+ 17,8
Zentrum	4 169 603	11,7	4 259 356	12,3	69	11,8	75	12,5	- 4,1
Deutschnationale	3 070 443	8,7	2 186 661	5,9	51	8,7	37	4,1	+ 42,6
Bayer. Volkspartei	1 156 841	3,5	1 263 171	3,4	20	5,4	22	3,6	- 5,6
Deutsche Volkspartei	660 672	1,9	436 014	1,2	11	1,9	7	1,2	+ 58,5
Christlich-Sozialer Volksdienst	415 144	1,2	364 542	1,0	5	0,9	3	0,5	+ 80,0
Deutsche Bauernpartei	149 005	0,4	137 185	0,4	5	0,5	2	0,3	+ 66,7
Staatspartei	358 342	0,9	313 358	0,9	2	0,3	4	0,7	- 57,1
Wirtschaftspartei	110 343	0,3	146 875	0,4	1	0,2	2	0,3	- 55,3
Württ. Bauern- u. Weingärtnerbund	105 188	0,3	96 831	0,3	2	0,3	2	0,3	.
Thür. Landbund	60 065	0,2	54 893	0,1	1	0,2	1	0,2	.
Deutsch-Hannoversche Partei	64 004	0,2	46 929	0,1	1	0,2	—	—	+ 100,0
Landvolk	46 504	0,1	36 661	0,1	—	—	—	—	—
Volksrechtspartei	46 129	0,1	40 825	0,1	—	—	1	0,2	- 100,0
Sonstige Parteien	109 086	0,3	61 604	0,2	—	—	—	—	—
	35 468 603	100,0	36 882 354	100,0	583	100,0	608	100,0	.

Bei der Eigenart der Anwendung der Verhältniswahl im Reichstagswahlverfahren mit Verbindung der Wahlvor schläge und Zerrechnung der Reststimmen in den Verbänden und auf Reichstagswahlvor schläge kommen erfahrungsgemäß starke Verschiebungen innerhalb der Parteien bei kurzfristig aufeinanderfolgenden Wahlen kaum vor. Immerhin zeigt der Reichstag der VII. Wahlperiode ein zum Teil verändertes Bild gegenüber seinem Vorgänger. Versärgten in diesem die Nationalsozialisten mit Zentrum und Bayerischer Volkspartei über die absolute Mehrheit (zusammen 327 von 608 Sitzen), so ist die Möglichkeit einer gefestigten arbeitsfähigen Koalition dieser Parteien im neuen Reichstag nicht mehr gegeben. Diese drei Parteien, als schwarz-braune Koalition bezeichnet, verfügen nur noch über 285 Sitze bei einer absoluten Mehrheit von 292 Stimmen. Will der Reichstag zu einer sachbringenden Arbeit gelangen, müssen daher neue Koalitionsmöglichkeiten erzwungen werden.

Trotz der sommerlichen Ferien, Urlaubs- und Erntezeit war bei der Juliwahl die erfreulich hohe Wahlbeteiligung von 85,5 v. H. erreicht worden. Bei der Novemberwahl, dem fünften Gange zur Wahlurne innerhalb neun Monaten (zwei Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl, in den meisten deutschen Ländern eine Landtagswahl und die Juli-Reichstagswahl), blieb bedeutenderweise ein Teil der Wähler wahlmüde und refraktär zu Hause. So wurde nur eine Beteiligung von 79,5 v. H. erreicht, immerhin noch die dritthöchste Wahlbeteiligungsziffer bei den acht Reichstagsparlamentswahlen nach der Staatsumwälzung.

Die obensiehende Übersicht zeigt die absoluten Zahlen an Stimmen und Sitzen, die die Parteien bei der November-



wahl und bei der Juliwahl erhalten haben. Gleichzeitig zeigt diese Übersicht für die Stimmen und die Sitze den Hunderteanteil der einzelnen Parteien an der Gesamtzahl der Stimmen und Sitze. Die letzte Spalte 10 zeigt die Zu- und Abnahme des Anteils an den Parlamentssitzen und damit am Einfluß im Parlament, wobei im Vergleich zur Novemberwahl der Hunderteanteil an der Sitzzahl der Juliwahl = 100 gesetzt wurde.

Interessanter ist eine Untersuchung über die Zu- und Abnahme der Parteien. Dabei würde es zu falschen Ergebnissen führen, wollte man die absoluten Stimmen- und Sitzzahlen der Novemberwahl gegenüberstellen den absoluten Zahlen der Juliwahl. Vielmehr muß bei einem Vergleich über die Parteiverschiebungen die geringere Wahlbeteiligung in Rechnung gestellt werden. Verfärgt man so*, so zeigt sich, daß auf das ganze Reichsgebiet umgerechnet an Stimmen die Nationalsozialisten 11,5 v. H., die Sozialdemokraten 5,6 v. H., das Zentrum 4,9 v. H. und die Bayerische Volkspartei 2,9 v. H. verloren haben, während die Kommunisten 16,6 v. H. und die Deutschnationalen 47,5 v. H. gewonnen haben.

Die Nationalsozialisten haben in allen 35 Wahlfreien Stimmen verloren, am meisten in Hamburg mit 19,5 v. H. und in Merseburg mit 19 v. H., am geringsten in der bayerischen Pfalz mit 2,7 v. H. und in Hessen-Anhaff mit 5,5 v. H. Die Sozialdemokraten haben sich im Wahlkreis Kienitz gehalten, in vier Wahlfreien (Ostpreußen, Oppeln, Köln-Nachen und Koblenz-Trier) zugenommen, in den übrigen Wahlfreien aber abgenommen. Die Prozentualen

* Diese Übersicht auf Raumgruppen ist es leider nicht möglich, hier die nach 35 Wahlfreien und den sechs übrigen Parteien aufgeteilte Übersicht zu zeigen.

Abnahmezahlen schwanken zwischen 1,9 in Südbannover-Braunschweig und 14,7 v. H. im Wahlkreis Berlin. Die Kommunisten als drittstärkste Partei haben nur in Oppeln die geringe Abnahme von 0,6 v. H. aufzuweisen, während sie in allen übrigen 34 Wahlkreisen sehr erheblich zugenommen haben. In fünf Wahlkreisen beträgt die Zunahme mehr als 30 v. H., nämlich Kiegnitz 30,3 v. H., Weste-Ems 30,4 v. H., Württemberg 31,8 v. H., Südbannover-Braunschweig 32,1 v. H., Oberbayern-Schwaben 35 und Heffen 34,3 v. H. Das Zentrum hat sich im Wahlkreis Keipzig gehalten, in den Wahlkreisen Breslau und Oppeln geringe Gewinne von 2 und 3,2 v. H., in den übrigen 27 Wahlkreisen mit eigenen Wahlvorständen Verluste zu buchen. Die Verluste schwanken zwischen 0,6 v. H. für Württemberg und 25 v. H. für Mecklenburg, blieben aber in 21 Wahlkreisen unter 10 v. H. In der Pfalz waren Zentrum und Bayerische Volkspartei zusammengegangen. Ihr Verlust bemißt sich dort auf 3,5 v. H. In den drei rechtsrheinischen bayerischen Wahlkreisen hat die Bayerische Volkspartei durchweg etwas verloren, in Oberbayern-Schwaben 5,3, Niederbayern-Oberpfalz 1,9 v. H. und Franken 1,2 v. H. Die Deutschnationalen können überall Gewinne in sehr erheblichem Ausmaße buchen. Nur in sechs Wahlkreisen liegen die Gewinne unter 30 v. H., in allen übrigen darüber. Die Gewinne steigen bis zu 72,7 v. H. in der Pfalz, 73,5 v. H. in Niederbayern-Oberpfalz, 77,5 v. H. in Franken und 80,8 v. H. in Hamburg.

Die kleinen Mittelparteien haben zum Teil gewonnen, zum Teil verloren. Die Deutsche Volkspartei hat einen nicht unerheblichen Stimmenzuwachs von 31,5 v. H., der Christlich-Soziale Volksdienst einen solchen von 10,8 v. H., die Deutsche Bauernpartei einen von 8,7 v. H. zu verzeichnen. Die Staatspartei hat 9,5 v. H., die Wirtschaftspartei 24,9 v. H. verloren. Die Deutsche Volkspartei war ein Wahlbkommen mit der Deutschnationalen Volkspartei eingegangen, wonach die Deutschnationalen eine Reihe volksparteilicher Bewerber auf ihren Reichswahlvorstand genommen hatten. So ist die Deutsche Volkspartei in der Lage, obwohl sie nur vier Verbandsitze erringen konnte, ihre Stimmen durch Zuteilung von weiteren sieben Reichslistenplätzen voll auszuwerten. Der Deutschen Staatspartei blieb es verlag, ein ähnliches Wahlbkommen eingehen zu können. Sie hat nur in Württemberg-Baden einen Verbandsitz errungen, kann also nur einen Reichslistenplatz zugewiesen erhalten und muß die Stimmen für weitere vier Sitze unnerwertet lassen. Die Wirtschaftspartei

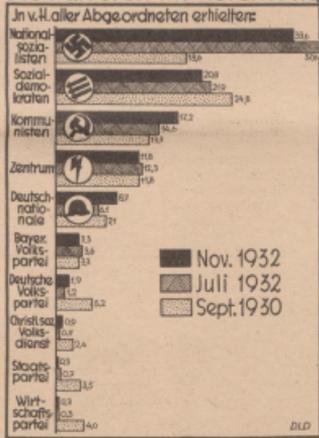
hat weder einen Kreis- noch einen Verbandsitz erhalten, wird aber auf Grund ihres Wahlbkommens mit der Bayerischen Volkspartei auf deren Reichswahlvorstand für einen ihrer Bewerber einen Sitz zugewiesen erhalten. Einschließlich der unnerwerteten Stimmen der kleinen Mittelparteien und der überhaupt nicht zum Zuge gekommenen Splitterparteien blieb rund eine halbe Million Stimmen unnerwertet.

Zusammengefaßt läßt sich das Ergebnis der Wahl dahin bemerken, daß in der Größenordnung der Parteien gegenüber dem letzten Reichstag eine Änderung nicht eingetreten ist. Die Nationalsozialisten haben überwiegend eine Einbuße an Stimmen und Sitzen erlitten. Auch die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei haben verloren, wenn auch ihre Verluste nicht von erheblichem Ausmaße sind. Diesen Parteien gegenüber stehen die Gewinnparteien, zunächst die Kommunisten und dann mit ihrem erheblichen Stimmenzuwachs die Deutschnationalen. Bemerkenswert ist, daß die kommunistische Partei an Stärke den Sozialdemokraten sehr nahe gerückt ist, ferner daß von 583 Abgeordneten nicht weniger als 417 sozialistischer Prägung huldigen, denen nur 166 Abgeordnete bürgerlicher oder privatkapitalistischer Richtung gegenüberstehen. Von 417 Abgeordneten dieser oder jener sozialistischen Richtung bekennen sich 221 zur marxistischen Richtung.

Um allen Wählern die Stimmabgabe zu ermöglichen und zu erleichtern, waren bei der Juliwahl erstmals die Bahnhofs wahl und die Bordwahl eingeführt worden. Beide Einrichtungen haben sich bewährt und wurden auch bei der Noembervwahl angewandt. Auch diesmal erfreuten sich Bordwahl und Bahnhofs wahl eines lebhaften Zuspruchs, der die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtungen um so mehr unterstreicht, als der Noembervall einseitiger Reisemonat ist. An der Bordwahl waren auch deutsche Abseesdampfer beteiligt, bei denen mehr als 1000 Stimmen abgegeben wurden. Bei der Bahnhofs wahl wurden u. a. in Berlin 1311, in Münden 1292 Stimmen gezählt.

Der neugewählte Reichstag hat nach der Verfassung zum ersten Male spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammenzutreten. Die wahltechnischen Umwidlungsarbeiten werden nicht vor dem 3. Dezember ihr Ende gefunden haben. Es ist daher damit zu rechnen, daß der Reichstag am 5. oder 6. Dezember zusammentreten wird. Literatursitzung wird diesmal der General der Infanterie a. D. Karl Eismann sein, der als Spitzenkandidat der Nationalsozialistischen Partei im Wahlkreis Frankfurt a. d. Oder gewählt worden ist.

Die Parteien im Reichstag



Sicherstellung geordneter Finanzgebarung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden

Von Ministerialdirektor Dr. Surén im Preussischen Ministerium des Innern

In der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 8. Juni 1931 wurde die Beteiligung der Bezirksfürsorgeverbände (Stadt- und Landkreise) an den neu ausgeworfenen Zuschüssen des Reiches zu den Ausgaben für die Wohlfahrtsverbände u. a. von der satzungsmäßigen Sicherstellung einer regelmäßigen Prüfung der Haushaltsrechnungen durch eine geeignete unabhängige Stelle und von der satzungsmäßigen Sicherstellung einer Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse abhängig gemacht. Die Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosigkeit und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtsarbeiten der Gemeinden vom 14. Juni 1932 erweiterte diese Voraussetzungen für die Beteiligung an den gleichzeitig erhöhten Dotationen, indem sie

die satzungsgemäße Feststellung einer Haushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung forderte. Die formale und verwaltungsmäßige Sicherstellung einer geordneten und parsamen Finanzgebarung ist eine Forderung, die unabhängig von der Frage einer Beteiligung an Reichs- oder Staatsdotationen gegenüber allen Gemeinden und Gemeindeverbänden erhoben werden muß, und zwar auch in deren eigenem Interesse, weil dies eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in die Finanzwirtschaft der Kommunalverbände bildet. In dieser Erkenntnis hat die kommunifische preussische Staatsregierung im Anschluß an jene reichsrechtlichen Normen und in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden unter dem 2. Noemberv 1932 zwei für alle preussischen Gemeinden und Gemeinde-

verbände geltende Verordnungen erlassen, nämlich die Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung — Gesefammung S. 341 — und die Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in Gemeinden und Gemeindeverbänden — Gesefammung S. 347). Der wesentliche Inhalt dieser beiden Verordnungen ist über den Rahmen des speziell preußischen Rechts hinaus von allgemeinem Interesse.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Gemeindefinanzverordnung die Tendenz zu erreichen, daß die für ein geordnetes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen erforderlichen Beschlüsse unter klarer Herausstellung der Verantwortung von den Gemeindeorganen selbst gefaßt und dadurch die in den letzten Jahren so oft notwendig gewordenen unmittelbaren oder mittelbaren Eingriffe der Aufsichtsbehörden auf die Fälle beschränkt werden können, in denen die Selbstverwaltung in allen ihren Anlagen, also reslos, versagt. Diese Tendenz findet ihren besten Ausdruck darin, daß im Zusammenhang mit den Vorschriften über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen eine Vorschrift der Preussischen Sparverordnung vom 12. September 1951 (Gesefammung S. 179) geändert worden ist, durch die die Verwaltungsorgane der Gemeinden und Gemeindeverbände berechtigt wurden, alle Maßnahmen zu treffen, die zum Ausgleich der Haushalte der Gemeinden (Gemeindeverbände) erforderlich seien. Diese Vorschrift bedeutete eine völlige Ausschaltung der Vertretungskörperchaften (Stadtorbnetenversammlungen, Kreistage, Provinziallandtage usw.) in den diesbezüglichen Angelegenheiten. Ausnahme find die Vertretungskörperchaften wieder an die erste Stelle gesetzt. Die Verwaltungsorgane dürfen an Stelle der Vertretungskörperchaft erst beschließen, wenn diese einen zur Sicherung einer geordneten und sparsamen Haushaltsführung notwendigen Beschluß nicht innerhalb der von dem Gemeindeverband zu stellenden Frist faßt. Die Gemeindevortretung wird also in jedem einzelnen Falle vor die Frage gestellt, ob sie wahre Selbstverwaltung durch Übernahme der Selbstverantwortung betätigen oder sich um sie drücken will. Um das bei Verlagen der Vertretungskörperchaft eingreifende Ergriffen zu führen, geht die Befugnis zur Erfassbeschlusfassung in den Fällen, in denen auch ein aus mehreren Personen bestehender Gemeindeverband (oder der Kreisauschuf oder der Provinzialauschuf usw.) versagt, nicht sofort auf die Aufsichtsbehörde, sondern zunächst auf den Vorsitzenden des kollegialen Organs, also den Bürgermeister (Oberbürgermeister) bzw. den Kandidat oder — bei Provinzialverbänden nach ausdrücklicher Vorschrift — auf den Landesbaupmann, über, und erst wenn auch dieser sich zu dem notwendigen Beschlusse nicht aufrufen kann, muß die Aufsichtsbehörde das Ihrige tun.

In entsprechender Weise ist das sogenannte Widerspruchsrecht bei Aufstellung, Festhaltung und Ausführung des Haushaltsplanes geregelt worden. Die Aufstellung des Entwurfs zum Haushaltsplan erfolgt durch den Gemeindeverband (Kreisauschuf, Provinzialauschuf). Er darf nur solche Ausgaben aufnehmen, die für die Aufrechterhaltung der Verwaltung sowie zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen und der Aufgaben der Gemeinde notwendig sind. Handelt es sich um einen kollegialen Gemeindeverband, so kann der Vorliegende gegen Beschlüsse, die gegen seine Stimme Ausgaben eingeseht oder Ausgabenansätze und Einnahmeschätzungen erhöht werden, Widerspruch erheben, soweit er infolge dieser Beschlüsse den Ausgleich des Haushaltsplanes nicht mehr für gesichert hält. Der Widerspruch hat die Wirkung, daß der Ansatz der Ausgaben oder die Erhöhung von Ausgabeansätzen und Einnahmeschätzungen unterbleibt. Gegen die Erhöhung von Ausgabeansätzen und Einnahmeschätzungen sowie die Einstellung neuer Ausgaben bei Festsetzung des Haushaltsplanes durch die Vertretungskörperchaft kann der Gemeindeverband unter der gleichen Voraussetzung und mit der gleichen Wirkung Widerspruch erheben; macht er von diesem Rechte keinen Gebrauch, dann geht das Recht auf den Vorsitzenden des Gemeindeverbandes über, so daß auch hier ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde in die letzte Linie gestellt ist.

Entsprechendes gilt für Beschlüsse, die nach Feststellung des Haushaltsplanes den Haushaltsausgleich gefährden. In diesem Zusammenhang ist auch die Vorschrift von besonderer Bedeutung, daß bei der Beratung und nach Feststellung des Haushalts Anträge, die zu einer Mehrausgabe oder Mindereinnahme führen würden, in der Vertretungskörperchaft und im kollegialen Gemeindeverbande nur erörtert werden dürfen, wenn ihnen gleichzeitig ein Vorschlag über die Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben oder Mindereinnahmen beigefügt ist, der nach dem geltenden Rechts- und Landesrecht rechtlich zulässig ist und eine wirtschaftliche Deckung enthält. Dadurch werden rein agitatorische Anträge im Keime erstickt. Das alles gilt entsprechend für die Gemeindeverbände.

Die Publizität der gemeindlichen Finanzgebarung wird dadurch erhöht, daß der Entwurf des Haushaltsplanes wahlberechtigten Angehörigen der Gemeinde (des Gemeindeverbandes) auf Verlangen in Abschrift gegen Erstattung der Kosten zu überlassen ist. Größere Sparsamkeit wird insbesondere auch dadurch sichergestellt, daß überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben sowie Haushaltsorgane gründsächlich der vorherigen Zustimmung der Vertretungskörperchaft bedürfen. Die Beamten der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes sind für diese Vorschriften außer acht lassende Zahlungsanweisungen und Maßnahmen sonders pflichtig, ähnlich wie es hinsichtlich der Reichsbeamten in der Reichshaushaltsordnung vorgeschrieben ist. Wenn sich im Laufe des Rechnungsjahres zeigt, daß der im Haushaltsplan vorgesehene Ausgleich in erheblichem Umfange nicht verwirklicht werden kann, dann darf nicht unbereit und planlos weitergewirtschaftet werden, sondern darf nicht unterjährig die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts (in erster Linie durch etwa noch mögliche Ausgabenentzug und nötigenfalls durch die Aufstellung eines formalen Nachtragsatzes) zu ergreifen.

Eine sachliche Erledigung gemeindlicher Geschäfte ermöglichen die Vorschriften, nach denen die Beschlußfassung für bestimmte Geschäftsweige oder die Erledigung einzelner Geschäfte und die Beschlußfassung über Angelegenheiten von Betrieben auf nichtöffentlich tagende Gremien übertragen werden kann.

Die Kassen der Gemeinden und Gemeindeverbände müssen monatlich mindestens einmal ordentlich und jährlich mindestens zweimal unvermuttert geprüft werden. Gemeinden und Gemeindeverbände von mehr als 25 000 Einwohnern müssen zur Vornahme der örtlichen Rechnungsprüfung ein unabhängiges Rechnungsprüfungsgremium einrichten. Jede Gemeinde und jeder Gemeindeverband muß Mitglied eines überörtlichen Prüfungverbandes sein. Die überörtliche Prüfung ist eine Ordnungsprüfung (regelmäßige Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens) und eine Wirtschaftsprüfung (Prüfung der Verwaltung, der Unternehmungen und Betriebe auf ihre Wirtschaftlichkeit und auf die Zweckmäßigkeit der Organisation). Es ist beabsichtigt, als solche überörtliche Prüfungsverbände Organisationen anzuerkennen, die von den kommunalen Spitzenverbänden inzwischen angebahnt worden sind, natürlich nur unter der selbstständlichen Voraussetzung, daß sie tatsächlich unabhängig sind, ihrer Aufgabe nach jeder Richtung hin gerecht werden und ein ausreichendes Teilnahme-, Kontroll- und Aufsichtsrecht der Aufsichtsbehörden sichergestellt wird. Die näheren formalen Vorschriften über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen in den einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbänden sollen in jeder Gemeinde und in jedem Gemeindeverband durch eine Finanzordnung geregelt werden, deren Erlaß, Änderung oder Aufhebung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Hierfür werden Musterordnungen ausgearbeitet werden, von denen nur in den nicht grundsätzlichen Punkten nach Maßgabe besonderer örtlicher Verhältnisse wird abgewichen werden dürfen.

In Gemeinden und Gemeindeverbänden, in denen hauptamtliche besoldete Beamte und Angestellte angestellt sind, ist von dem Gemeindeverband ein Stellenplan zu entwerfen und nach Anhörung der Vertretungskörperchaft festzustellen, nach dessen tatsächlichem Bedarf die Besoldungs-

mittel in den Haushaltsplan einzufügen sind. Diesen Stellenplan darf die Derrtretungsbehörde nicht ändern, so daß bessere Gewähr gegen eine Überbesetzung des gemeindlichen Beamtenapparats aus rein parteipolitischen Erwägungen gegeben ist. Am auch diesbezüglich die Zustimmungen auf das Innenlicht zu beschränken, kann die Ausschreibungsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde in den Fällen, in denen im Stellenplan eine hinreichende Verminderung der Stellenzahl nicht vorgeesehen ist, weitere Stellen als künftig wegfallend be-

zeichnen; diese Stellen dürfen dann im Falle des Freiwerdens nicht wieder besetzt werden.

Das nähere Studium der beiden Verordnungen wird jedem Unbefangenen zeigen, daß sie geeignet sind, die Wiederholung von Fehlern der gemeindlichen Finanzverwaltung, wie sie in der Vergangenheit zu bedauern waren, so gut wie auszuschließen, zugleich aber im Interesse einer wirklichen Selbsterhaltung die Selbstverantwortung zu fäken und damit den wahren Interessen der Selbsterhaltung im höchsten Maße zu dienen.

Der gegenwärtige Stand der deutschen Devisenpolitik

Von Dr. Hans Hartenstein

Während in den ersten fünf Monaten der Devisenbewirtschaftung — bis zum Ende des Jahres 1951 — die Reichsbank noch erhebliche Beträge aus ihren Gold- und Devisenbeständen der Wirtschaft zur Verfügung stellen mußte, waren die durchschnittlichen monatlichen Devisenverluste im ersten Vierteljahr 1952 bereits wesentlich geringer. Sie nahmen bis zum Juli d. J. wieder stark ab, obgleich es sich während dieser Zeit als notwendig erwies, hatte, außerhalb der gewöhnlichen Amortisationen und Zuschlagungen besondere Kapitalrückzahlungen auf einzelne Kredite, z. B. den Reichskontokredit der Reichsbank, den Kredit der Deutschen Goldkistfontank, den See-Rigisimoo-Kredit des Reiches u. a., vorzunehmen. Im August 1952 trat im Bestande der Reichsbank erstmalig seit längerer Zeit ein Zugang von etwa 30 Millionen RM. ein. Auch neuerdings weisen die Warenaussweise regelmäßig eine kleine Zunahme auf. Ob mit einem Anhalten dieser günstigen Entwicklung gerechnet werden kann, hängt von der Entwicklung der verschiedenen Posten der deutschen Zahlungsbilanz in den nächsten Monaten ab. Es ist bekannt, daß diese Bilanz, soweit es sich um den Kapitalverkehr handelt, erheblich passiv ist und daß der Mehrbedarf aus dem deutschen Ausfuhrüberschuß und aus dem Aktivaabfall der sogenannten Dienstleistungen (Schiffahrt, Versicherungswesen, Reiseverkehr usw.) gedeckt werden muß. Der weitaus größte Posten der Kapitalbilanz sind die Zinsen auf die lang- und kurzfristigen Kredite Deutschlands, die im Monat etwa 100 Millionen RM. betragen müßten. Daneben haben wir für die langfristigen im Exportgeschäft bedingten zeitlichen Verschlechte heretkommen. Dasselbe ist auch von den hohen Ausfuhrüberschüssen in der zweiten Hälfte 1951 erhebliche Beträge infolge der Unsicherheit der deutschen Verhältnisse entgegen den bestehenden Bestimmungen drauhen festgehalten. Darin mag bei einem Wiedereintritt des Vertrauens eine gewisse Reserve stehen, durch die sich die Zahlungsbilanz in den kommenden Monaten besser gestalten, als man es nach der Handelsbilanz erwarten sollte. Auch die jährliche Ernte für das kommende Jahr eine Verminderung des Einfuhrbedarfs erhoffen. Doch bleibt es eine ernste Aufgabe der deutschen Devisenpolitik, alles zu tun, um die einzelnen Posten der Zahlungsbilanz günstiger zu beeinflussen.

Was kann in dieser Hinsicht geschehen? Auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs erwächst zweifellos eine wesentliche Verringerung unserer laufenden Verpflichtungen aus dem jähren Kampf, den die Reichsbank in den letzten Monaten um eine Herabsetzung der Stillhaltzinsen geführt hat. Sie hat in mühevollen Verhandlungen erreicht, daß der Zinssfuß für die Stillhaltgelder, der im Frühjahr noch zwischen 8 u. 9, und mehr betrug, bei Bankrotten seit September allgemein auf höchstens 5 u. 6, bei Industiekrediten auf 6 u. 8, herabgesetzt worden ist. Ob auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit eine weitere Entlastung möglich ist, erscheint zweifelhaft. Man hat im Frühjahr dieses Jahres unter dem Eindruck der anbauenden hohen Devisenabflüsse den Gedanken einer Ein-

schränkung des Anleihebedarfs erwogen, sei es in der Form einer oder weniger freiwilligen Zinsherabsetzung, sei es in der einer vorübergehenden Entlastung des Transfers der Tilgungsraten. Nachdem im Gefolge der saunamer Konferenz eine gewisse Entspannung der volkswirtschaftlichen Atmosphäre eingetreten ist und die Reichsregierung in ihrem Wirtschaftsprogramm sich zu einer Politik der Überwindung der Krise entschlossen hat, werden derartige Gedanken zurücktreten müssen. Bei einem Scheitern der Reparationsverhandlungen hätte man im Ausland auch auf Verhängnis für eine allgemeine Beschränkung des Anleihebedarfs rechnen können. Im Zeichen der Wiederanhebung der Wirtschaft müßte wohl ein solcher Versuch das ganze Publikum des wiedererwachenden weltwirtschaftlichen Vertrauens schwer gefährden.

Unter diesen Umständen gewinnen alle Bemühungen, von seiten des Warenausverkehrs her die deutsche Zahlungsbilanz zu verbessern, eine erhöhte Bedeutung. In welchem Ausmaße die Zinsrückstellungen und handelspolitischen Hemmnisse überall in der Welt zu Gunsten der deutschen Wirtschaft zu wirken, ist die deutsche Zahlungsbilanz beeinträchtigt, ist bekannt. Betrachtet man im besonderen die durch die Devisenbewirtschaftung im Ausland bedingten Hemmnisse, so muß man feststellen, daß sich in den letzten Monaten die Verhältnisse in Südosteuropa und in Südamerika noch verschlechtert haben. Es wird immer schwieriger, alle oder nur entscheidende Forderungen aus diesen Ländern hereinzubringen. Man kann den Umfang der deutschen Forderungen, die z. B. durch ausländische Zahlungsbefristungen drauhen festliegen, auf etwa 600 Millionen RM. veranschlagen. In der Spitze liegen dabei wohl Österreich, aber auch in Ungarn, der Tschechoslowakei, Argentinien, Rumänien, Jugoslawien, Brasilien, Chile und Griechenland sind erhebliche deutsche Forderungen eingetroffen.

Die Reichsbank bemüht sich nicht ohne Erfolg, durch Abkommen mit den betreffenden Nationalbanken, zum Teil auf der Grundlage des Verrechnungsverkehrs mit den in Deutschland festliegenden Sperrguthaben, diese eingetroffenen Gelder aufzutauen. Sie sucht auch durch Bevorzugung der in den Ländern mit Devisenbewirtschaftung eingetroffenen Guthaben die Lage der deutschen Exporteure zu erleichtern. Daneben bleibt es die mindestens ebenso wichtige Aufgabe, das Geschäft mit diesen Ländern einigermaßen aufrecht zu erhalten, ohne doch darüber neue Guthaben drauhen festsetzen zu lassen. Dabei sind gewisse Clearingverträge, die eine Setzung des Scheinens der Zahlungsbilanz der wirtschaftlichen Zahlungsbilanz zu bilden scheitern, wieder mehr in den Hintergrund treten. Der deutsch-jugoslawische Clearingvertrag hat seine Nachfolger bekommen. Statt dessen hat die Reichsbank neuerdings mit den Notenbanken in Kettland, Estland, Dänemark, Griechenland, Jugoslawien und Bulgarien Abkommen geschlossen, wonach im Zahlungsverkehr zwischen den beiden Ländern jeweils nach Möglichkeit eine fremde Währung ausgeschlossen und der Zahlungsverkehr weitgehend durch Verrechnung ausgeglichen werden soll. Die Reichsbank geht dabei von der Hoffnung aus, daß man in jenen Ländern aber bereit sein werde, deutsche Waren anzunehmen, wenn dafür effektive Devisenzahlungen nicht erforderlich sind. Auch das Warenauflagegeschäft, das man bis vor kurzem als einer vor-kapitalistischen Epoche zugehörig angesehen hatte, gewinnt eine wachsende Bedeutung. Ereignisfälle, an denen Ausfuhr Länder mit beschränktem Zahlungsverkehr lebenswichtig interessiert sind — bei Bulgarien und Griechenland z. B. Tabak, bei Brasilien Kaffee —, werden diesen Ländern in unmittelbarer Verrechnung gegen deutsche Ausfuhrwaren abgenommen.

Während so die deutsche Devisenpolitik verläßt, gegen die Währungsbedingungen der ausländischen Devisenexportländer anzugleichen und die einseitigen Bemühungen für den deutschen Zinsabfall zu überwinden, befindet sie sich anderen Ländern gegenüber in der Verteidigungsstellung. Seit Ende 1951 war es notwendig geworden, die Devisenkontingente der Importeure zu fügen, um alle über das volkswirtschaftlich unbedingt Notwendige hinausgehenden Einfuhrzahlungen zu vermeiden. Das hat allmählich zu einer scharfen

Gegenbewegung in anderen von Devisenzwangswirtschaft freien Ländern geführt, die ihre Ausfuhr nach Deutschland durch die deutschen Bestimmungen beschränkt sehen. Zwar hat es Deutschland seine Devisenbeschränkung zum Mittel der Handelspolitik machen, d. h. in der Devisenregelung für die Einfuhr nach den verschiedenen Warenarten zu unterscheiden. Die Devisenkontingente werden für alle Importeure einheitlich nach den gleichen Grundätzen festgesetzt und, soweit die Devisenlage dies erfordert, einheitlich mit den gleichen Prozentsätzen gefristet. Dadurch unterscheiden sich diese Beschränkungen einseitig als währungs- und handelspolitische Maßnahmen. Ein Verstoß gegen die handelsvertraglich festgelegte Mißbilligung konnte Deutschland von keiner Seite vorgeworfen werden. Dennoch blieben die deutschen Maßnahmen einseitig und weniger durchdacht als die entsprechenden Regelungen in solchen nicht aus. So kam es in den letzten Monaten zu Abkommen mit einer Reihe von Staaten, insbesondere der Schweiz, Italien, Dänemark und Schweden, in denen in mehr oder weniger großem Umfang, meist beschränkt auf bestimmte Warenarten oder bestimmte Mengen, gegenseitig wurde, daß die deutschen Importeure außerhalb ihrer Kontingente Zahlungen für die Einfuhr aus diesen Ländern auf ein besonderes Konto bei der Reichsbank leisten, aus dem deutsche Exporte nach diesen Ländern bezahlt werden können. Die Minderung eines derartigen Abkommens mit Italien hat vor einigen Wochen den Anlaß zu einschneidenden Gesetzmäßigungen der italienischen Regierung gegeben. In dem darauffolgt neu abgeschlossenen Abkommen wurde ausdrücklich festgelegt, daß das frühere Verhältnis von Aus- und Einfuhr durch die vorgehenden zusätzlichen Zahlungen der deutschen Importeure keine Änderung

zugunsten Deutschlands erfahren soll. Soweit so eine zusätzliche Einfuhr bezahlt wird durch eine zusätzliche Ausfuhr, bedeutet dies offenbar eine wirtschaftlich erwünschte Ausweitung des Handelsvolumens ohne Belastung des Devisenbilanz.

Man hat in den letzten Wochen mehrfach die Frage aufgeworfen, wie eine Besserung der Konjunktur auf die deutsche Devisenlage wirken werde. Diese Wirkungen sind nicht eindeutig. Offenbar wird eine Belebung der Wirtschaft eine gesteigerte Rohstoffzufuhr auslösen, deren belastende Folgen für die Zahlungsbilanz durch eine Erhöhung der Rohstoffpreise noch gesteigert würde. Wahrscheinlich würde die Ausfuhr sowohl mengen- wie preismäßig diese Aufwärtsbewegung nicht sofort mitmachen, da es sich bei der deutschen Ausfuhr bekanntlich vorwiegend um fertigere Waren handelt. Es scheint also zunächst, als ob die vom Warenverkehr der bestimmten Posten der Zahlungsbilanz eine ungünstige Beeinflussung erfahren würden. Dem steht aber gegenüber, daß eine Belebung des allgemeinen Vertrauens wahrscheinlich zu einem erheblichen Rückfluß von Geschäftskapital führen würde, und daß das Ausmaß bei dieser Sachlage wohl auch in weiterem Ausmaße als bisher bereit wäre, Kredite zur Finanzierung der Rohstoffzufuhr und darüber hinaus Betriebskredite für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die Hoffnung scheint nicht unangebracht, daß diese günstigen Momente die ungünstigen mehr als ausgleichen werden. Jedenfalls behält kein Anlaß, eines Konjunkturschwüchs unserer heimischen Geschäftskreise der Währungs- und Devisenpolitik entgegenzusetzen, wenn die deutsche Wirtschaftspolitik — und in erster Linie die Handelspolitik und die Kapitalpolitik — mit der nötigen Flexibilität und Behutsamkeit geführt wird.

Hoffnung für den deutschen Wald

Von Staatssekretär a. D. Dr. H. von Käpffmann

Erst wenn bei einem längeren Flug das Auge des Beobachters über weite Teile Deutschlands schweift, wird ganz deutlich, wie große Teile unseres Vaterlandes heute noch mit Wald bedeckt sind. Von der Gesamtfläche ist in Deutschland etwa ein Drittel Wald, in Süddeutschland und in den Gebirgsgebieten bis zu ein Drittel. Waldwirtschaft ist in Deutschland betrieben worden, soweit man in der Geschichte zurückgehen kann. Die Waldwirtschaft steht in unserem Vaterlande höher als in irgendeinem anderen Lande.

Dabei ist der Waldbesitz außerordentlich weit verteilt. Von kleinen Bergbauern an, die einige Morgen ihr Eigen nennen, bis herauf zu den Bundesstaaten nehmen am Waldbesitz gleichmäßig weite Schichten der Bevölkerung teil. Der Preussische Staat ist wohl der größte Waldbesitzer der Welt, aber auch die anderen Bundesstaaten, besonders Bayern, verfügen über ansehnliche und wertvolle Forstgebiete. In normalen Zeiten galt Waldbesitz mit als die sicherste Vermögensanlage, die Zinsen waren nicht übertrieben hoch, aber die Wertschätzung wurde selbst bei über nachhaltige Wirtschaft und gleichmäßiges Einkommen gestärkt. Waldbesitz galt als die zuverlässigste und konfessionelle Form der Kapitalanlage. Unzählige deutsche Wirtschaften, von den Kleinbauern, Gemeinden bis zu den Landesherren, sind dank dem Walde durch alle schweren Zeiten durchgezogen worden. Der Wald hat stets die Kapitalreserven des Landwirtes, des großen und des kleinen; in Zeiten schwerer ökonomischer Krisen konnte er stets auf das Waldkapital zurückgreifen und sich so über das Schlimmste hinwegheilen. Bei diesem engen und unlässlichen Zusammenhang zwischen Grundbesitz und Waldbesitz war es schwer verständlich, daß selbst zu Zeiten, wo die Entschlossenheit der Regierung, den Grundbesitz aus staatspolitischen Gründen zu festigen, über allen Zweifel erhaben war, der Abbau in Form von Zöllen und anderen Forderungen, die über die Hälfte wuchs selbst die Wälderwirtschaf, Zimmerfrucht und Hülfe fand, der deutsche Wald aber schloß die Konkurrenz des Auslandes preisgegeben war. Diese Konkurrenz war in Fällen wie Tschechoslowakei, Polen und Finnland durch volutarische Verhältnisse begünstigt; im Falle Rußlands sowohl durch Valuta als auch durch ein Regierungssystem,

welches alle früheren Berechnungsgrundlagen vollständig über den Haufen geworfen hat. Erst im Laufe dieses Jahres sind regierungsseitig Anstrengungen gemacht worden, um den Schutz, den man der Erzeugung des deutschen Vorkriegs überhaupt zu gewähren entschlossen war, auch auf den Fort auszuweiten.

In der Holzherzeugung kann das in neuerer Zeit zu so großer Beliebtheit gelangte Schlagwort der Autarkie keine Anwendung finden. Das Vorkriegs-Deutschland war stets von anderen Ländern für Holzzufuhr abhängig, und das Nachkriegs-Deutschland mußte nach dem Verlust bedeutender Forstgebiete im Osten und Westen noch stärker auf den ausländischen Holzimport angewiesen sein. Es entsprach aber der Gesamtstimmung einer Konjunkturalpolitik und auf Erhaltung der deutschen Substanz gerichteten Denkensart, dafür zu sorgen, daß zur Deckung deutscher Inlandsbedürfnisse zunächst einmal die deutsche Produktion vorzugsweise herangezogen, und daß der ausländische Import lediglich zur Bedeckung von überhöhten Bedarfen herangezogen werde.

Es werden je nach der Marktlage elf bis neunzehn Millionen heimischer in Deutschland eingeführt. Es ist keineswegs übertrieben zu sagen, daß hätte man früher, statt jetzt in elfter Stunde, den der deutschen Produktion im allgemeinen gewährten Schutz auf die Holzwirtschaft ausgedehnt, zahlreiche Zusammenbrüche vermieden worden wären; weder wäre die Arbeitslosigkeit so ins Unmäßige gestiegen, noch wäre die Steuerkraft des platten Landes in so katastrophaler Weise abgefallen. In ganz Süd- und Mitteldeutschland ist im Winter ein großer Teil der männlichen Bevölkerung im Holzschlag und im Holztransport beschäftigt. Da in vielen deutschen Forsten wegen des daniederliegenden Marktes in dem letzten Winter wenig oder nichts geerntet wurden, ist die Holzschneiderei in vielen schneidenden Erzeugnissen der Arbeitslosenunterstützung zur Last, die sonst nämlich hätten vermehrt werden können. Daß die Aufrechterhaltung einer halbwegs genügenden Waldrente der Steuerfähigkeit der Bevölkerung im weitesten Umfang zugute kommt, bedarf keines Beweises. Lange hat es gedauert, bis die handelspolitischen Bedenken überwinden werden konnten, welche

Das Alter des deutschen Hochwaldes



sich einem vernünftigen Waldschutz entgegenstellen. Die Regierung hat durch Kündigung der Handelsverträge, in welchen Holzpreise gebunden waren, alle Möglichkeiten in sich absehbarer Zeit Bewegungsfreiheit auf diesem Gebiete zu haben.

Es ist klar, daß das Ausland verurteilt, sich seiner Haut zu wehren und sich den deutschen inneren Markt als Tummelplatz freizuhalten. Während aber bei gewissen anderen Erzeugnissen der Kandwirtschaft und des Gartens der Widerstand des Auslandes durch die Befürchtung befördert wird, Deutschland könne zur vollen Deckung des eigenen Bedarfs übergehen und sich zum Import ganz freimachen, fällt dem Wald diese Befürchtung weg; denn, wie gesagt, Deutschland wird immer einen erheblichen Holzbedarf brauchen und bereit sein, diesen einzuführen, bei der Priorität der deutschen Versorgung zunächst einmal an heimisches Holz gebunden ist. Über die Frage, wie die volkspolitischen Schutzmaßnahmen aussehen sollen, die den behaupteten Zweck verwirklichen helfen, sei an dieser Stelle nicht näher eingegangen. Wir möchten aber nicht unterlassen, auf eine Reihe von Maßnahmen hinzuweisen, welche heute schon gegündet scheinen, den schwer leidenden Waldbesitzern unter die Arme zu greifen.

Unter diesen Maßnahmen möchten wir in erster Linie nennen: weitgehende Bindungen der Staaten, Städte, Versicherungskörper und so weiter, beim Bau und der Möblierung neuer Gebäude ausschließlich deutsches Holz zu verwenden. Keider sind bis in die neueste Zeit hinein Beispiele nicht so selten gewesen, daß Bauherren aus den obengenannten Kategorien Verwendung ausländischer Hölzer im Kastenbau direkt verlangt oder vorgeschrieben haben. Es behält kein Zweifel, daß, wenn die Regierung in dieser Beziehung die Initiative ergreift, sich ein gewaltiger Kreis von Interessenten finden wird, der sich vertragsmäßig unter Schließung hoher Konventionenstrafen binden für solche Bauten und ihre Ausstattung nur deutsches Holz zu verwenden.

Auch bei dem ansehnlichen Bedarf der Reichsbahn gerade an Schwellenmaterial und der Reichspost an Telegraphenmasten könnte man an Ähnliches denken. Sachleute versichern, daß zu hohe Ansprüche der Verwaltungen an Schönheit des von ihr zu benutzenden Materials häufig die Verwendung ausländischer Holzarten unmittelbar folge hat. Diese großen Organisationsstellen sind doch nur lebendige Stütze des deutschen Körpers und würden sicher bei richtiger Führung Sorge tragen, sich von dem Gedanken lösen zu lassen, bei der Versorgung den Schutz des deutschen Produkts allen anderen Erwägungen voranzustellen.

Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß für gewisse Zwecke, insbesondere bei Bauten, Eisen und Stahl im Vordergrund sind und wahrscheinlich auch in Zukunft in steigendem Maße Holz verdrängen werden. Um so wichtiger ist es, allen neuen Verwertungs-möglichkeiten für das Produkt des Waldes mit vermehrtem Eifer nachzugehen. Als zukunftsfähig erscheint die Holzvergärung. Holzgas eignet sich zum Antrieb von Explosionsmotoren mindestens so gut, wie die heute fast ausschließlich gebrauchten Benzol- und Benzinmischungen. Holzgas hat bei fehlenden Anlagen sehr bevorzugt; neuerdings ist man dazu übergegangen, Kautschuk als Konstruktionsmittel mit Holzgasfasern auszurüsten. Die französische Armeelieferung hat diesen Problemen die größte Aufmerksamkeit zugewandt, und gutem Vernehmen nach soll ein nicht unwesentlicher Teil des mechanisierten französischen Armeetrains auf Holzgas eingestellt sein. Es ist in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden, ob und in welchem Umfang die deutsche Heeresleitung der Frage Aufmerksamkeit zugewendet hat. In Deutschland arbeitet eine ganze Anzahl Firmen an der Vervollkommenung des Holzgasosators. Es laufen schon zahlreiche Holzgaslaborien in Deutschland, und alles, was man über die Ergebnisse hört, lautet recht ermutigend. Es scheint, daß durch Verwendung von Holzgas die Benzingenieur immer noch unsere Handelsbilanz belastet, so müßte das Ziel, Benzin soweit als irgendmöglich durch Holzgas zu ersetzen, höchst eritrebenswert erscheinen. Der Staat kann in dieser Beziehung helfend eingreifen, indem er einmal selbst mit großen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Arbeit, die auf Herstellung eines vollkommen einwandfreien Holzgasosators abzielt, unterstützt. Ein weiteres sehr geeignetes Mittel wäre, ent-

weder den Kahntobefizern zur Anschaffung eines Holzpergases einen Darlehnsfuß oder aber dem mit solchem Apparat auszurüstenen Wägen einen so weitgehenden Zuschlag in der Steuer zugewilligen, daß in vernünftiger Zeit, gegen wir etwa einem Jahre, die Amortisation der Neuanrichtung durchgeführt werden könnte.

Nur dem Gebiet der chemischen Holzverwertung sind bedeutende Fortschritte erzielt worden; täglich werden neue Entdeckungen gemacht; auch hier wäre es erwünscht, und würde das Budget keinesfalls merktlich belasten, wenn der Staat, der Hauptinteressent an rationaler Holzverwertung, die einschlägigen Studien und Versuche unterstützen wollte. Es ist neueren Forschungen gelungen, das Holz chemisch zerlegt zu zerlegen, daß daraus eine spinnfähige Feinseife gewonnen wurde. Diese kann versponnen und verwoben werden wie jede Pflanzenseife und dürfte in Zukunft der ausländischen Jute merkliche Konkurrenz bereiten.

Die Versuche, auch die deutsche Suche zur Cellulosefabrikation zu verwenden, sind erfolgreich gewesen. Dem Verfahren haben aber noch Kinderkrankheiten an, die seine Verallgemeinerung bisher verhindert haben.

Es ergibt sich also, daß, abgesehen von der Notwendigkeit eines ausgiebigen Holzschutzes, für das Produkt des deutschen Waldes daneben noch eine ganze Anzahl Verwertungsmöglichkeiten bestehen, deren Ausnutzung der Staat mit allen Mitteln fördern sollte. Wie groß das Interesse, speziell den Bauern, die Ernte zu erhöhen, man darans, daß im Wirtschaftsjahr 1931 an Stelle eines geschätzten Überschusses von 35 Millionen Mark wahrscheinlich ein Fehlbetrag von etwa 22 Millionen Mark sich herausstellen wird, also ein Ausfall von rund 55 Millionen Mark im Fortsetat allein. Auch in den Kommunal- und Privatforsten wird zum allergrößten Teil mit Herbst gearbeitet, im übrigen Falle halten sich Einmahnen und Mahnen die Waage. — Es ist der zähen Liebe des Deutschen zu seinem Walde gelungen, die forstbare Substanz durch alle Nöte des Krieges, der Revolution und der Inflation im großen ganzen ziemlich unverletzt durchzusetzen und somit einen wertvollen Teil des deutschen Nationalkapitals zu erhalten. Die besten Antizipanten vertreten die Ansicht, daß bei weiterem Ausbau der Holz- und Holzwalderzeugung im Herbst ein erhebliches Ueberschiff, so daß, wenn einmal die mit Raubbau ausgebeuteten Reserven, wie insbesondere die russischen, erschöpft sind, man zum mindesten mit einer gewissen Stetigkeit des Holzpreises wird rechnen können. Holz, dessen Verwertungsmöglichkeiten, wie dargelegt, noch bedeutende Entwicklungen zulassen, unterliegt sich dadurch von den anderen Bodenprodukten, insbesondere Metallen und Kohlen, daß bei diesen ein reiner Raubbau getrieben wird, und die entnommenen Quantitäten sich niemals wieder erholen, während Holz immer wieder und sich erneuert, so daß bei pfleglichem Umgehen in den Forsten der Welt eine gleichmäßige Versorgung gesichert erscheint.

Während die Interessen der Kandwirtschaft von zahlreichen Vereinen, Korporationen und Individuen laut und mit Nachdruck vertreten werden, ist es um die Vertretung der forstlichen Interessen viel stiller gegangen. Worauf dieser auffällige Unterschied zurückzuführen ist, sei hier nicht näher untersucht. — Eins scheint aber sicher: eine Regierung, die Erhaltung der deutschen Substanz, Schutz der fruchtbarsten des deutschen Bodens auf ihre Fahnen geschrieben hat, könnte keinen festzug unternehmen, der in allen Kreisen der Bevölkerung lauten Widerhall findet und Sympathien erweckt, als einen großen, auch propagandistisch stark unterrichtlichen Kreuzzug für den deutschen Wald und die Millionen Deutschen, deren Wohl und Wehe von seinem Gedeihen oder Dersall abhängt. All die aufgeführten Maßnahmen, denen sich hier noch weitere zugesellen ließen, würden wenig helfen, als so eine fähigere Beziehung des Budgets heraufzuführen, dafür aber Hunderttausenden Arbeit geben, die Steuerkraft aller Schichten härten und uns ein höheres Erbe weiter erhalten, welches uns unsere Väter zu treuen Händeln über-macht haben. Spürt das Volk, daß die Regierung Liebe zum deutschen Walde hat, daß sie entschlossen ist, seine Belange mit allen Mitteln zu verteidigen und sieht es, daß auch von dieser Seite her die Probleme mit Energie angepaßt werden, so wird in weite Schichten des Volkes wieder Mut und Zuversicht getragen, die erste und wichtigste Voraussetzung für eine Überwindung der schrecklichen Krise, unter der alle so unfähig leiden.

Die deutsche Holzzerzeugung und der Holzbedarf



Danzig in Not

Von Prof. Dr. Bruno Raufer

Die freie Stadt Danzig steht in schwerstem Kampf um das Leben ihrer Wirtschaft. Mehr als 25 v. H. der erwerbsfähigen Bevölkerung sind gegenwärtig arbeitslos. Der Steueranfall und die Befragung des Staates durch die Erwerbslosen- und Wohlfahrtsfürsorge werden nach einer vorläufigen Schätzung des Senats bei einem Gesamtetat des Staates von 85 Millionen Gulden und der Kommune Danzig von 25 Millionen Gulden in diesem Jahre mindestens 32 Millionen betragen. Das bedeutet, wenn keine Änderung eintritt, schwerste Bedrohung der Finanzen der freien Stadt. — Der Grund für diese Not liegt in den wirtschaftlichen Exportverhältnissen. Die Polen rufen sich den Völkerbund ungehindert gegen Danzig handhabt, und zu denen es unmittelbar nach der Entscheidung des Haager Gerichtshofes über die Inzulässigkeits der polnischen Forderung nach Einschränkung der Gleichberechtigung in Danzig vom 26. Februar 1932 geschritten ist. Polen will Danzig durch Vernichtung seiner Wirtschaft zur Preisgabe seiner Souveränität zwingen, die es auf anderem, auf politischem Wege, vorläufig wenigstens, nicht beiseitigen konnte.

Worin besteht nun die politische „Aktion“ im einzelnen?

Obwohl Polen durch die Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes vom 18. August 1921 zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens verpflichtet ist, obgleich die Einrichtungen und Anlagen des Danziger Hafens zur Bewältigung des gesamten polnischen fernwärtigen Außenhandels völlig ausreichen und in jedem beliebigen Umfang ausbaufähig sind, hat Polen in unmittelbarer Nähe von Danzig, 14 km entfernt, den Hafen Gdingen ausgebaut, dessen Umschlagkapazität der Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens heute bereits gleichkommt und dessen Umschlagskosten durch die polnische Regierung künstlich niedrig gehalten werden. Die Mittel für Bau und Unterhaltung der Hafenanlagen wurden vom polnischen Staate aus der Dos- und unter Dergicht auf Amortisierung bereitgestellt. Die Hafengebühren in Gdingen können infolgedessen niedriger gehalten werden als in irgendeinem anderen europäischen Hafen. Hierzu kommen weitere Privilegien, die der polnische Staat den Exporteuren und Importeuren bei Inanspruchnahme des Gdinger Hafens direkt oder indirekt gewährt. Die staatlichen Schiffsahrtsgesellschaften bzw. die vom polnischen Staat subventionierten polnischen Schiffsahrtsgesellschaften genießen den Importeuren und den Exporteuren weitgehende Vergünstigungen. Anträge auf Einfuhrgenehmigung oder Zollnachlass werden vom polnischen Finanzministerium unterschiedlich behandelt, je nachdem, ob es sich um die Einfuhr über Gdingen oder über Danzig handelt. Das Kanbfahrtsministerium wiederum, das auf Grund besonderer Veterinärvorschriften über die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, Kabaaren, Tierteilen und ähnlichen Erzeugnissen entscheidet, bewilligt Einfuhranträge grundsätzlich nur über Gdingen und lehnt Anträge, die auf den Danziger Hafen lauten, ab. Durch einen Sonderbescheid des polnischen Staatspräsidenten vom 1. Juni 1931 ist ferner der Auswanderungsverkehr ausschließlich dem Gdinger Hafen vorbehalten worden. — Es ist klar, daß eine derartige Versorgung Gdingens auf den Personen- und Warenverkehr höchst anfeindlich wirkt, und es kann deshalb nicht wundernehmen, daß der Umschlag im Gdinger Hafen in einigen Monaten des Jrs. bereits größer war als im Danziger Hafen.

Wenn von polnischer Seite immer wieder darauf hingewiesen wird, daß der Gesamtumschlag im Danziger Hafen sich trotz der zunehmenden Inanspruchnahme Gdingens in den letzten Jahren gleichgeblieben ist, so ist dieser Hinweis irreführend. Der Danziger Güterumschlag ist von 1928 bis 1931 regelmäßig zwar stabil geblieben (im Jahresdurchschnitt rd. 8,4 Millionen T.), aber nur infolge des Anstieges des Kohlenverkehrs von 3,4 Millionen T. im Jahre 1926 auf 5,8 Millionen T. im Jahre 1931. An der Kohle aber verdient der Danziger Handel so gut wie nichts. Durch die Ziffern des Kohlenverkehrs ist nach außen hin verschleiert worden, daß seit 1928 der Umschlag vom Danziger Hafen systematisch nach dem polnischen Hafen Gdingen abgelenkt wird. Ganze Warenkategorien sind dem Danziger Hafen genommen worden. Die Ablieferung hat namentlich für die wertvollsten Stützgüter von Jahr zu Jahr ungünstiger für Danzig sich ausgewirkt. Das zeigen die nachstehenden Zahlen des Stützgüterverkehrs der Häfen Danzig und Gdingen.



Danzig (von St. Marien auf St. Katharina gesehen)

	Einfuhr in 1000 t		Ausfuhr in 1000 t	
	Danzig	Gdingen	Danzig	Gdingen
1928	280	87	123	5
1931	185	102	226	148
1932, 1. Halbjahr	63	79	67	72

Der Hafen Gdingen hat also den Hafen Danzig im Stützgüterverkehr bereits überflügelt. Im Verkehr der Massengüter sollte gleiche Entwicklung. Denn schon ist der Kohlenumschlag im Hafen Gdingen stärker als im Hafen Danzig, das Ergebnis einer Politik Polens, die eifrig bemüht war, seit der Inbetriebnahme des Hafens von Gdingen diesem die Zunahme des fernwärtigen Warenverkehrs zuzuführen, während er in diesem Jahre zu verzeichnendem Rückgang des polnischen Seehandels nahezu ausschließlich auf Kosten des Danziger Häfenverkehrs geht. Während in den ersten neun Monaten 1932 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres der Güterumschlag im Gdinger Hafen sich um 4,7 v. H. verringert hat, ist er im Danziger Hafen um 37,6 v. H. gesunken!

Nicht minder schädlich für die Danziger Wirtschaft als die Anlage und Besorgung des Hafens Gdingen ist die Diskriminierung Danziger Waren bei der Einfuhr in polnisches Staatsgebiet. Es handelt sich hierbei um den sogenannten *Protektionismus* und *Nationalisierung* der Exporte, sowie um die sogenannten *Eigenbedarfskontingente*. Nach Art. 212 des Warschauer Abkommens zwischen Danzig und Polen vom Jahre 1921 hat die freie Stadt Danzig das Recht, bei Er-



Blick auf Danzig

höhen polnischer Einfuhrverbote für den Bedarf der Danziger Bevölkerung, ferner für den Bedarf der eigenen Industrie, der eigenen Landwirtschaft und des eigenen Handels gewisse Warenmengen aus dem Ausland einzuführen. Lange Jahre hindurch sind Schwierigkeiten aus diesen Abmachungen nicht entstanden. Soweit sie nicht für die Deckung des Eigenbedarfs der Danziger Bevölkerung in Frage kamen, sind Kontingentwaren von der Danziger Industrie in bearbeitetem oder verarbeitendem Zustande stets ungehindert nach Polen abgesetzt worden. Erst um die Mitte

des Jahres 1930 ging die polnische Regierung dazu über, Waren Danziger Ursprungs zum polnischen Markt fernzubalten, wenn in diesen Waren auch nur der geringste Prozentfuß „Kontingentswaren“ enthalten ist. Die Streitfrage, ob das polnische Vorgehen mit den Bestimmungen des Warschauer Abkommens vereinbar ist, ist von einem vom Völkerbund eingesetzten Sachverständigenauschuß begutachtet und weitgehend genehmigt worden. Aber das am 9. September fertiggestellte Gutachten soll nunmehr in Danzig weiter verhandelt

werden. Der neue Oberkommissar des Völkerbundes Kostina, der erst vor wenigen Tagen in Danzig eingetroffen ist, sieht sich hierbei vor eine sehr schwierige Aufgabe gestellt. Denn Polen zeigt sich vorerst zu keinerlei Entgegenkommen bereit. Im Gegenteil: Der nun folgenden vom polnischen Finanzministerium verordnete erhöhte Zafurenung bei der Einfuhr Danziger Waren nach Polen läßt darauf schließen, daß Polen die Danziger Wirtschaft immer mehr unter polnische Kontrolle stellen will.

Zahl und Bild / Zur bildhaftigsten Ausstellung im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin

Das Zahlenbild, d. h. die zur Erläuterung statistischer Angaben gefertigte bildliche Darstellung, ist ein wertvolles Hilfsmittel der Volksbildung geworden. Aber es hat nicht etwa nur einen pädagogischen und volkserzieherischen, sondern auch einen logischen Selbst- und Sonderwert. Ein gutes Zahlenbild durchdringt uns oft mit einem einzigen Blick Zusammenhänge, die durch noch so lange Beschreibungen kaum geklärt werden könnten.

Für die Schule ist das Zahlenbild noch verhältnismäßig neu und ungewohnt. Denn seine eigentliche Entwicklung verdankt es nicht dem Unterricht, sondern den großen Ausstellungen der letzten Jahrzehnte. Unmittelbar aus diesen wuchsen dann mehrere Dauerinstitutionen hervor, wie das Hygiene-Museum in Dresden, das Museum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde in Düsseldorf und das Wiener Gesellschafts- und Wirtschafts-museum; in Berlin selbst die händigen Ausstellungen im Reichsarbeitsministerium und im Gesundheitshaus am Urban.

Auch die bekannte Wanderausstellung der Reichszentrale für Heimatdienst „Deutscher Lebenswille“ gab neue Anregungen und erregte im ganzen Reiche Interesse für das Zahlenbild.

Jetzt hat das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin in Zusammenarbeit mit dem bekannten Sachmann Dr. Kurt H. Bause eine äußerst interessante Ausstellung „Zahl und Bild“ veranstaltet.

Sie soll das, was auf den verschiedenen Fachgebieten mit den Mitteln der Bildhaftigkeit geschaffen wurde, zu einer vergleichenden Schau vereinigen, um es für die Pädagogik selbst fruchtbar zu machen.

Stofflich gibt sie einen Überblick insbesondere über Staat und Volkswirtschaft: im Spiegel des Zahlenbildes. Dazu haben die beteiligten Behörden, die großen Verbände der Wirtschaft und die Verleger meist geschlossene Gruppen beigeleitet, und eigens aus diesem Anlaß eine große Anzahl neuer Entwürfe geschaffen, die hier zum ersten Male gezeigt werden.

Für die volkswirtschaftlichen Gruppen hat als Förderer auch das Reichsstatistikamt für Wirtschaftlichkeit mitgewirkt.

Die Methodenfrage als logisches und didaktisches Problem behandelt eine grundlegende Gruppe der Ausstellung. Besonders eine Reihe von verschiedenartigen Lösungen immer der gleichen Aufgabe zeigt die mannigfaltigen Verweise, Zahl und Bild zu einer wirklichen Einheit zu bringen. Jede Methode muß nun ihre Dazugehörigkeit mit dem Nachteiligen bezahlen, und sie muß notwendig wechseln mit dem wechsell-



Der Stand der Reichspost



Die Schau der Reichszentrale für den Heimatdienst

Die Ausstellung „Zahl und Bild“, deren künstlerisch-wissenschaftliche Leitung wiederum in den Händen des „Deutschen Lichtbild-Dienstes“ lag, der schon die erwünschte frühere Veranstaltung der Reichszentrale für Heimatdienst in den gleichen Räumen durchgeführt hatte, ist nicht nur für Pädagogen und Werbefachleute von besonderem Wert, sondern sollte auch breite Kreise des Publikums interessieren, da hier eine Materie zusammenfassend und auffallend behandelt ist, die im öffentlichen Leben, in der Fachliteratur, im Geschäftsleben ständig zunehmende Bedeutung gewinnt.

Zur Zeitgeschichte

Schritte in Deutschlands Kampf um Gleichberechtigung

Einschließlich der deutschen Gleichberechtigung in der Wehrfrage sind in den letzten zwei Wochen zwei sehr bedeutsame Abänderungen von französischer und englischer Seite zu verzeichnen. Der französische Ministerpräsident hat am 26. Oktober in der französischen Kammer die Grundzüge des neuen sogenannten konventionellen französischen Planes zur Abklärung mitgeteilt, und der französische Kriegsminister Paul-Boncour hat

im Büro der Abklärungskonferenz in Genf einige Erläuterungen dazu gegeben. Der Wortlaut des französischen Planes ist noch nicht veröffentlicht, so daß man zu ihm nicht im einzelnen Stellung nehmen kann. Das für uns Interessanteste an ihm ist zweifellos die Forderung der Herstellung eines einheitlichen Alliierten-systems in Europa und der „Beseitigung der Reichswehr“. Das bedeutet eine grundlegende Revision der Abklärungsbestimmungen des Versailler Vertrages und damit eine grundsätzliche Wendung Frankreichs in der Abklärungsfrage. Bisher vertrat die französische Regierung den Standpunkt, daß die Abklärung Deutschlands in

bleiben müsse, wie sie ist, und daß die allgemeine Abrüstung sich ganz unabhängig von der deutschen zu entwickeln habe. Der neue Plan Frankreichs erkennt den Grundtatbestand der deutschen Gleichberechtigung, wenn auch in verbesserter Form, an. Nicht weniger bedeutsam sind die Erklärungen des englischen Außenministers Simon in den Unterhaus am 10. November. Auch aus ihnen wird ein deutlicher Stellungswandel sichtbar. Während Simon in seiner Antwort vom 18. September auf das deutsche Memorandum in der Gleichberechtigungsfrage in geradezu verletzender Form die deutsche Forderung, die allgemeine Abrüstung und die deutsche Abrüstung müßten nach gleichen Methoden geregelt werden, zurückwies, hat er nunmehr die Berechtigung des deutschen Anspruchs erneut zugegeben. Im Namen der englischen Regierung erklärte Simon, England wolle eine Abrüstungskonvention zustande bringen, die die Forderung Deutschlands, daß die Methoden der deutschen Abrüstung nicht länger von denen der allgemeinen Abrüstung verschieden sein sollten, vernünftigt. Das Ziel der englischen Politik sei, Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückzuführen, um eine Abrüstungskonvention zustande zu bringen. Simon präziserte im einzelnen, wie er sich die Vernünftigung der deutschen Gleichberechtigung denke, und machte drei Punkte namhaft. Als ersten bezeichnete er die Ersetzung des Teils V des Versailles Vertrages durch die Bestimmungen der allgemeinen Abrüstungskonvention. Das ist eine alte deutsche Forderung. Als zweiten Punkt bezeichnete er, daß die Dauer der künftigen Abrüstungsverpflichtungen Deutschlands im Rahmen der allgemeinen Abrüstungskonvention dieselbe sein müsse wie die der Verpflichtungen aller anderen Nationen. Während der Versailles Vertrag als „ewig“ abgeschlossen wurde, wird die Abrüstungskonvention nur eine beschränkte Kaufdauer von etwa fünf Jahren haben. Auch in diesem Punkt schloß sich Simon der deutschen These an. Der dritte von Simon namhaft gemachte Punkt bezieht sich auf die praktische Anwendung der Gleichberechtigung, d. h. auf den Umbau und Ausbau der deutschen Wehrmacht. Über diese Frage müsse im einzelnen diskutiert werden. Es sei aber klar, daß die völlige Durchführung der Gleichheit nicht auf einmal erfolgen könne. Deutschland hat stets nur die qualitative Gleichberechtigung im Rahmen der ersten Abrüstungskonvention gefordert, d. h. gleiche Freiheit in der Wehrorganisation wie die andern Staaten und Gleichheit in der Bewaffnung, jedoch nicht quantitative Gleichheit hinsichtlich der Zahl der Soldaten und der Zahl der Waffen. Die Herstellung der quantitativen Gleichheit wird in der nächsten Abrüstungskonvention zu verwirklichen sein.

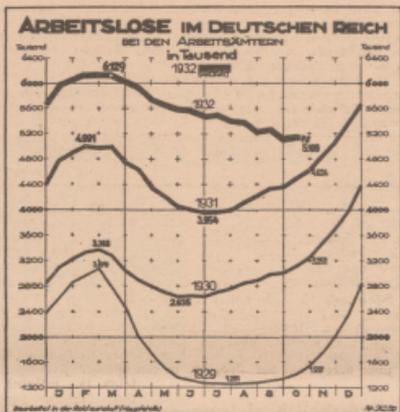
Im ganzen bedeuten der neue französische Plan und die Ausführungen Simons einen großen Fortschritt zur Anerkennung der deutschen Forderung auf Gleichberechtigung. Wenn man sich der Widerstände erinnert, die dieser Forderung noch bis vor kurzem entgegengekehrt worden sind, so kann man nicht anders als einen bedeutsamen Erfolg der entschlossenen Haltung der Reichsregierung verzeichnen. K. S.

Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Seit dem Hochsommer 566 000 Arbeitslose.

Seit dem Beginn der Wirtschaftskrise, also seit nunmehr drei Jahren, werden die Statistiken, die halbmönatlich Auskunft über den Stand des Arbeitsmarktes geben, in der breiten Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie verlieren in diesem Bereich nun besonders Interesse, zum erkennen zeigt die Kurve, die die Zahl der Erwerbslosen wiedergibt, eine Richtung nach unten, die der Entwicklung der Jahreszeit vollständig widerspricht. In jedem Jahr wurde bisher die niedrige Zahl von Arbeitslosen im Hochsommer verzeichnet, wenn die Saisongewerbe den größten Bedarf an Arbeitskräften haben. Vom Juli ab begann regelmäßig die Steigerung der Erwerbslosenziffer. Das beifolgende Kartenbild beweist das deutlich. Im Jahre 1929 stieg die Zahl der Arbeitslosen zwischen dem 30. Juni und dem 31. Oktober um 537 000, 1930 in der gleichen Zeit um 619 000, 1931 gar um 670 000. Im Jahre 1932 dagegen ist trotz der ungünstigen Jahreszeit am 31. Oktober die Ziffer der Erwerbslosen um 566 000 geringer als am 30. Juni. Die Verschlechterung in den Saisongewerben ist also weit überkompensiert durch die Verbesserung in den Konjunkturgewerben. Die Tatsache, daß die Weltwirtschaft — wie z. B. die Entwicklung auf den Rohstoffmärkten beweist — nicht mehr tiefer in die Krise hineintrifft, daß zusammen mit den positiv aufbauenden Maßnahmen der Reichsregierung diesen deutlichen Umschwung hervorgerufen.

Die Zahl der Erwerbslosen lag im Juli 1932 noch um 1,4 Millionen über der im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres erreichten Ziffer. Im Beginn des November aber hat sie sich in diesem Jahr, ganz entgegen der Saisonentwicklung, her des Jahres 1931 erheblich gehindert. Das betraute regelmäßig Sinken der Arbeitslosenziffer des Jahres 1932 seit dem winterlichen Höchststand von über 6,1 Millionen zeigt, untersteht sie von der aller früheren Jahre. Seit dem ungünstigsten Zeitpunkt des letzten Winters ist eine Ent-



lastung des Arbeitsmarktes um über 1 Million Erwerbslose zu verzeichnen. Diese Verminderung wird übrigens auch durch die Zunahme der Beschäftigten bestätigt: die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer ist nach dem Krankenstandstatistik zwischen Ende Februar 1932 und Ende September 1932 (die Ziffern für Oktober liegen noch nicht vor) um mehr als 900 000 gestiegen. Dabei ist zu erwähnen, daß die im freiwilligen Arbeitsdienst Tätigen — heute 257 000, Ende Februar erst 20 000 — in diesen Zahlen nicht berücksichtigt sind.

Aus den eben wiedergegebenen Ziffern ergibt sich auch, daß es falsch ist, von einem neuerlichen erheblichen Anmehren der Zahl der sogenannten „unfähigen Arbeitslosen“ auf Kosten der bei den Arbeitsämtern Gemeldeten zu sprechen. Die Zunahme der Beschäftigten seit dem letzten winterlichen Tiefpunkt ist nur um ein wenig geringere als die registrierte Abnahme der Arbeitslosen. Die Feststellung, daß seit der Hochkonjunktur von 1929 einige Millionen Arbeitnehmer „verschwandnen“ sind, erklärt sich, wie Dr. Lothaus in Nr. 31 des Reichsarbeitsblattes vom 5. November treffend nachweist, daraus, daß sich viele erwerbsfähige Personen in Zeiten guter Konjunktur in die Arbeitnehmerstatistik drängen, während umgekehrt in Zeiten schlechter Konjunktur viele Erwerbsfähige in andere Schichten abwandern. Im Jahre 1932 hat sich die Zahl dieser „verschwandnen“ Arbeitnehmer, die man sehr zu Unrecht samt und sonders „unfähige Arbeitslose“ genannt hat, jedenfalls nicht irgendwie erheblich vergrößert. Die Besserung der Arbeitslosenziffer, die die Arbeitsämter verzeichnen, wird durch die Krankenstandstatistik bestätigt. Die Erklärung, die sich daraus nicht nur materiell, sondern auch seelisch ergibt, macht sich — auch wenn gelegentlich der Versuch gemacht wird, sie aus politischen Gründen zu leugnen — schon deutlich geltend. W. S.

Das deutsche Volkseinkommen

Es liegen neue Zahlen über die Entlohnung des deutschen Volkseinkommens vor, ermittelt vom Statistischen Reichsamt. Man hat nun die Möglichkeit, das Einkommen des deutschen Volkes in den letzten Jahren zusammenfassend zu überblicken, und man kann, wie an einem Barometer, den wahren Stand der deutschen Volkswirtschaft an dem so ihr erarbeiteten Verdienst ablesen. Die Erkenntnis, die dadurch vermittelt werden, sind in mehr als einer Hinsicht aufschlußreich.

Das letzte Jahr, 1931, ergibt ein Volkseinkommen von 37 Milliarden RM., 1930 betrug es rund 70 Milliarden RM. Allein im Verlauf dieses Jahres allein trat ein Rückschlag um 13 Milliarden erfolgt, eine Verminderung des Volkseinkommens, wie sie in dieser Höhe in kaum einem dergleichen europäischen Land zu verzeichnen ist. Gegenüber dem Stand des Jahres 1929, dem wirtschaftlich besten Jahr seit Kriegsende, bleibt das deutsche Volkseinkommen 1931 um etwa 19 Milliarden zurück.

In anschaulicher und sinnvoller wird die Entlohnung, wenn man berechnet, wie hoch das Einkommen je Kopf der Bevölkerung sich stellt. Im Jahre 1929 betrug das Volkseinkommen, auf den Kopf der Bevölkerung umgelegt, 1190 RM., im Jahre 1930: 1091 RM., und im Jahre 1931 sank es auf 885 RM.

Das lediglich für 11 und 10 530 000 verfügbare Einkommen

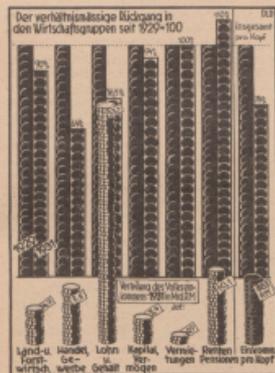
(nach Abzug der Reparationsleistungen) belief sich 1931 auf 56 Milliarden RM, gegenüber 68 Milliarden RM. im Jahre 1930 und 72,6 Milliarden RM. im Jahre 1929. In der Kaufkraft des Jahres 1928 ausgedrückt, ist die Abnahme etwas geringer, nämlich von 75,4 auf 65,7 Milliarden RM.

Die Verteilung des Volkseinkommens auf die einzelnen Berufsklassen zeigt fast, wie auf fast allen sozialen Gebieten das Einkommen, entsprechend der Wirtschaftskrisis, sich vermindert hat. Es verteilte sich auf):

	1929 1930 1931		
	in Reichsmark		
Kand- und Forstwirtschaft	5.8	5.2	4.7
Fahndel und Gewerbe	11.8	10.0	9.5
Kohn und Gehalt	43.0	39.6	35.0
Kapitalerträgen	3.2	3.5	3.0
Verdienstleistungen usw.	0.9	0.9	0.9
Renten und Pensionen	9.2	10.0	10.1

Schließlich ist auch ein Vergleich nach der regionalen Gliederung des Volkseinkommens gegenüber dem Vorkriegseinkommen von Interesse, ein Vergleich, der allerdings nur bis zum Jahre 1929 durchführbar ist. Daraus ergibt sich, daß gegenüber 1913 eine besonders starke Steigerung des Volkseinkommens, und zwar nahezu um das Doppelte, in den östlichen Provinzen erfolgt ist, während in den übrigen Kantons- und Provinzen in der Hauptsache nur eine Zunahme um etwa die Hälfte festzustellen ist. An sich aber hat immer noch, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, die Reichshauptstadt das höchste Einkommen, Ostpreußen das niedrigste.

Das deutsche Volkseinkommen



nach menschlichem Ermessen einen allmählichen Anstieg, bei zunehmender Entlastung des Wirtschaftslebens ein entsprechendes Wachstum des Volkseinkommens ermöglichen.

Die amerikanischen Wahlen

Selten hat eine amerikanische Präsidentschaftswahl kurz vor Coreschluß die Gemüter im Inn- und Auslande so in Erregung und Spannung gehalten wie die diesjährige Novemberwahl, aus denen der demokratische Kandidat Franklin D. Roosevelt als erwarteter Sieger über den jetzigen Inhaber der Präsidentswürde, den Republikaner Hoover, hervorging. Zwei Faktoren verliehen dieser Wahl ein besonderes Gepräge. Einmal handelte es sich um einen Wechsel in der Staatsführung zwischen den beiden traditionellen großen Parteien, um einen jener Wendepunkte in der amerikanischen Geschichte, die häufig mit dem Sturz der einen und dem Aufstieg der anderen Partei zusammenfallen pflegen. Die Republikaner, die seit Bestehen der Union in dem Zeitraum zwischen George Washingtons Amtsantritt als erstem Präsidenten im Jahre 1789 bis zum heutigen Tage von drei 31 Präsidenten die überwiegende Mehrzahl gestellt haben, waren seit Wilsons Niederlage im Jahre 1920 wieder einmal am Ruder gewesen, und bei dem Amtsantritt Hoovers im Jahre 1928 sah es so aus, als ob die schon häufig eine lange Kette ununterbrochener republikanischer Herrschaft folgen

*) Bei einer Abblönd der folgenden Ziffern ergeben sich gewisse Differenzen im Vergleich zu ein eingangs genannten Ziffern des Volkseinkommens. Die finden sie allein ihre Ursache darin, daß bei Ausgliederung des Volkseinkommens auf die einzelnen Wirtschaftsklassen unterschiedliche Populationszahlen sich ergeben.

würde. Aber das Gelingen des Pendelschlags hat sich auch diesmal wieder geltend gemacht, man fand nur einer Parteiende, und das verließ dieser Wahl jenseit die öffentliche Meinung erzeugende Moment höchster Erwartung. Was zweites kam hinzu, daß die letzte Hälfte der vierjährigen Präsidentschaft Hoovers zusammenfiel mit der ungeheuerlichen Wirtschaftskrise und Depression, welche die Vereinigten Staaten, sonst ein verwöhntes Sonntagskind der Natur und der Geschichte, je befallen hat. Kand und Dolf waren in einen Zustand tieferer Beunruhigung, Debitierung, ja Verzweiflung. Diese Stimmung der wirtschaftlichen Beängstigung und Artlosigkeit lieferte wohl den Hauptstößel zum Zerdrücken des im Ausgang der diesjährigen amerikanischen Wahlen. Man sah als einzigen Ausweg nur eine radikale Änderung im System, d. h. die Machtübertragung auf die andere Partei. Das erklärt zum großen Teil die Wagnisse, die bisher mit der neuem Mann aus den Wahlen hervorgegangen ist (472 Wahlmännerstimmen für Roosevelt gegen nur 99 für Hoover). Als ein Symptom für die Stimmung des Befestiments, unter deren Zeichen diese Volkstrennung vor sich gegangen ist, kann auch die überraschend starke Zunahme der bei früheren Wahlen kaum in die Erscheinung getretenen Stimmen für den sozialistischen Kandidaten gedeutet werden.

Zweien diesem alles beherrschenden Faktor verblähen die anderen Schlagmoerte in den Wahlprogrammen beider Gegner wie Prohibition, Arbeitsbeschaffung oder Abänderung natürlich noch in weitem Maße liegt. Ganz, fast, nur der Landwirtschaft usw. Die Programme beider Parteien, mit denen sie in den Wahlkampf gingen, wiesen bei scharfer Analyse so wenig Unterschiede auf, daß mehr als jemals für diese Wahlen von 1932 das alte politische Scherzwort galt, daß bei Licht gesehen der ganze Unterschied zwischen Republikanern und Demokraten einzig darin bestehe, daß die einen „drinnen“, d. h. an der Macht, und die anderen „draußen“, noch nicht an der Macht sind.

Die Machtübergang durch die Demokraten ist diesmal — außer dem Präsidenten und Vizepräsidenten wurde das ganze Abgeordnetenhaus, ein Drittel des Senats, über 50 einseitige Gouverneure und viele höhere Beamte an Richter neuernannt. Insofern mäßig mit ungewöhnlicher Dehemung erfolgt. Die Exekutive, d. h. die Präsidentschaft, wird in den nächsten Jahren eine Legislative, den Kongress, haben, der im Unter- und Oberhaus eine starke demokratische Mehrheit aufweist. Darauf gründet sich auch die berechtigte Hoffnung, daß Roosevelt es bei der Durchführung seiner innen- und außenpolitischen Joven viel leichter haben werde als Hoover, der ja überhaupt viel unersehuldetes Pech gehabt hat und fast während seiner ganzen Amtszeit meistens mit einem widerpenflichen Parlament zu arbeiten hatte.

Prognosen und Horoskope für die im nächsten März anbrechende demokratische Ära zu stellen, wäre verfrüht. Doch dürfte sich in den großen außenpolitischen, Europa besonders interessierenden Fragen, wie der Abklärung, der Haltung zum Briand-Kellogg-Pakt vorläufig wenigstens nicht viel ändern. Auch die Frage der internationalen Schulden wird noch einige Zeit die große Spitzfrage bleiben, die sie bis her war. Zu hoffen und zu wünschen ist, daß es den auf der Welle einer großen Volksbewegung zur Macht gelangenden Demokraten gelingen möge, Kand und Dolf Amerikas ein Bild Weges aus der Wölle der Depression in das gelobte Land neuer Prosperität zu führen. Bei der beherrschenden Schicksalsstellung, die die Vereinigten Staaten im weltwirtschaftlichen Organismus einnehmen, würde eine solche Gefundung auf die übrige Welt wohlkäufig ausstrahlen und den ersten allgemeinen Heilungszweck beschleunigen.

Die Nationalitätenfrage auf dem Balkan

Die zentrale Bedeutung des Nationalitätenproblems in der europäischen Politik wird erneut eindringlich unter Beweis gestellt durch das Scheitern der Bukarester (III.) Balkan-Konferenz an dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Südslawien und Bulgarien. Die beiden ersten Konferenzen in Athen (1930) und Konstantinopel (1931) hatten so viele Fragen aufgeworfen, an denen alle Balkanstaaten in gleicher Richtung interessiert sind, daß man es wagen konnte, auf der diesjährigen Bukarester Konferenz den Entwurf eines Balkanpacts zu Debatte zu bringen. Bei den europäischen Brandherd im Südosten dauernd unter Wasser setzen und die loyale Zusammenarbeit der südbalkanischen Staatsgruppe anbahnen sollte.

Alles wäre gut gegangen, wenn nicht Südslawien an seiner alten These festgehalten hätte, daß die bulgarische Bevölkerung Südbosniens (Mazedoniens) in Wirklichkeit serbisch und nicht bulgarisch sei. Aus Grund dieser These verweigert nämlich Südslawien den mazedonischen Bulgaren — deren bulgarische Volkseigenschaft nicht nur durch ihre eigene Dilemmaschwärze, sondern auch durch die fortwährenden aller möglichen Wirtschaftlicher schon seit Jahrzehnten nachgewiesen ist — alle Volksrechte und behandelt diese Lebensangelegenheiten des bulgarischen Volkstums als strafwürdigen Separatismus. Bulgarien umgekehrt kann keine Unterfertigung unter keinen Pakt sehen, der diesen Zustand auch nur still-

schweigend duldet. Besonders auch deshalb, weil eigentlich niemand dem berechtigten bulgarischen Standpunkt in der Frage der Volkszugehörigkeit der slavischen Mazedonier widersprechen kann.

So hat denn die Zukunfts-Konferenz dem Sidosten die ersten erfreulichen Gedanken gebracht. Im Gegenteil! Die sehr langwierigen Einleitungsverhandlungen haben den Gegenfuß Bulgarien-Südslawen, der sich im Niemandsland an der kathedralehrwürdigen Grenze zwischen beiden Mächten fast täglich blutig entzündet, nur noch mehr betont. — Europa wird sich daran gewöhnen müssen, daß die Gemeinsamkeit politischer und wirtschaftlicher Interessen niemals imhinde sein wird, die Abgründe zu überbrücken, die die nationale Unlösbarkeit zwischen den Völkern aufreißt. Der Weg zur politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit geht über die Lösung der Nationalitätenfrage: Freiheit des Volkstums ist die Voraussetzung des Friedens.

Dr. K. E.

Neuer Lebensraum für die deutsche Jugend

Sie wollen nicht verderben in der Dauererwerbslosigkeit, sondern sich neuen Lebensraum erkämpfen, die zur Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißten Studenten, Angestellten, Arbeiter, Bauernsohne. Im freiwilligen Arbeitsdienst, der als Vorkäufser zur Arbeitsdienstplicht vielfach gerade in Kreisen der Jugend begrüßt wird, erblickt die arbeitsfrohe Jugend die Lebensform, die sie begehrt. Soll für den Kampf um die Gewinnung neuen Lebensraumes unserer „proletarischen Nation“. Von der „Verfälschung“ unserer Vorbereitung, soweit sie namentlich in der Verbindung mit dem Berechtigungswesen zum Werkzeug für individuelle Lebensversorgung herabgewürdigt ist, rückt die Jugend energisch ab. Ihre geistigen Pioniere, allen voran das „Deutsche Studentenwerk“, haben seit Jahren den Hochschulverband und die Reichsregierung darauf hingewirkt, wie die Bildungshochkonjunktur namentlich der akademischen Jugend die Berufsaussichten vermauert hat und das Herd der um ihre Zukunft fürchtenden Jugend launiggleich anzurollen läßt. Das hat zur Spannung zwischen den Generationen geführt. Das „Deutsche Studentenwerk“, die Selbsthilfeorganisation der akademischen Jugend, sieht deren seelische und wirtschaftliche Not als einen untrennbaren Bestandteil der Lebensraumnot der ganzen deutschen Jugend an. Durch eine Rundfrage „Wo findet die deutsche Jugend neuen Lebensraum?“ bei Männern aller Berufe und Altersstufen, die diese Lebensraumnot unserer Jugend als eine der drönnendsten Volksnöte empfinden, ist es zum erstenmal gelungen, grundlegende Feststellungen und forderungen programmatisch zusammenzufassen, die ein Spiegelbild der besonders schwierigen Lage in Deutschland und der Notwendigkeit einer planvollen Umgestaltung unserer gesamten Lebensbedingungen bieten. Sie lassen sich dahin zusammenfassen: Herausziehung aller im industriell-kapitalistischen „Sektor“ überflüssig gewordenen Arbeitskräfte zur Schaffung eines neuen Lebensraumes durch Reorganisation unserer Volkswirtschaft in Form der genossenschaftlichen Aufstufung, Siedlung an Stelle der bisherigen schlüsselfertigen Individualisierung. In dieser innerdeutschen Raumpolitik soll die jüngere Generation unserer Mittelklassen, insbesondere die akademische Jugend, durch das Arbeitsdienstjahr planmäßig angeleitet werden, zum Aufbau der neuen Siedlungen, vornehmlich in der bedrohten Ostmark, zur Auflockerung unserer Großstädte und Bauernzentren, zur Schaffung des Ausgleiches zwischen der Raumgrundlage und dem industriell-ländlichen Aderbau, zwischen den verschiedenen Berufen, Ständen und Altersschichten. Zum gleichen Ziele sollen führen: der Ausbau des letzten Volksschuljahres zu einem Gefüge aus arbeitsuntermittlichen Gruppen, die Beschränkung der Arbeitsplatzangelegenheiten der älteren Jungjener der jüngeren Generation.

Diese wie die ähnlichen Forderungen nach einer Berufswirtschaft und einer Bildungsreform sind nicht lediglich Schreibzettelprodukte, sondern Vorstöße von Männern, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen. Vor allen haben die beiden ersten Preisrichter dieser in Form eines Preisauswahlschlusses gestellten Rundfrage, der Siedlungsplanter Kappeler-Sonnenberg und der Kolonialfachmann Kubold Böhmert sowie der Bearbeiter der Rundfrage, Dr. Eschmann, eine fülle schwerwiegender Gründe für die baldige Inangriffnahme dieses großen nationalen Aufbaueswerkes der deutschen Jugend ins Treffen geführt, deren eingehende Erörterung wohl nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwinden wird.

Dr. Kubloff.

Die Reichsbahn-Zentralschule in Brandenburg-West

Die Reichsbahn besitzt zur Schulung ihres Personals und zur Verhütung von Verkehrsunfällen drei Zentralschulen in Brandenburg-West, in Baran und in Freimann bei Mitten. Ein Besuch in der Reichsbahn-Zentralschule Brandenburg-West zeigt, welche Sorgfalt auf die Ausbildung und Auslese des Personals gelegt wird. Fern dem Großstadtlärm liegen — um einen großen Hof angeordnet — in zwei Hauptgebäuden die Unterrichts- und Wohnräume, die Wirtschaftsräume und Aufenthaltsräume für über 100 Reichsbahnbedienstete als Schüler, sowie die Schreibapparaturen, die reich ausgestattete Bibliothek mit Lehrbüchern und Zeitschriften, ein Übungsfeld. Andersherum befinden sich weiterhin bei den verschiedenen Übungsbahnen in Liebenburg, z. B. beim Kehrstellwerk, das mit einer umfangreichen Anlagenanlage verbunden ist, die die Arten des Oberbaues, die Signale und Spannwerke enthält, dem speziellen Aufbauesfall aus den Fachgebieten Oberbau, Sicherungswesen und Schwachstromtechnik und beim Güterabfertigungsdienst, der am meisten Interesse erweckt. Neben der Annahmehalle und anderen Schaltern, die mit Fahrartenendmaschinen, Frötopa-Waagen, Vorprüfern und Karteten ausgestattet waren, befinden sich in der Betriebsgüterabfertigung so arbeitsdruckmäßig eingerichtete Dispositionsbüros für je zwei Schüler, die hier Frachtdrucke zu bearbeiten, Versandbücher, Freitrag- und Nachnahmehäuser zu führen und alle damit zusammenhängenden Kassen- und Rechnungsbüros zu erledigen lernen.

Die Dienstanfänger der Eisenbahn wurden früher nur bei den verschiedenen Dienststellen (Bahnhöfen, Fahrtenausgaben, Güterabfertigung) nach den für jede Kaufbahn festgelegten Plänen praktisch ausgebildet. Während der Ausbildungszeit hielten die Dienststellenanführer „Institutionsstunden“ ab, die meist von zweifelhafte pädagogischen Wert waren. Hier zeigte die Schulleitung der Zentralschulen mit ihrem Fachlehrkräften, denen die Schulleitung des Baunachwachses am Herzen liegt, in den letzten Jahren beste Ergebnisse. In der Schule werden die Dienstanfänger für die technischen und nichttechnischen Kaufbahnen (Reichsbahn-Betriebsassistenten, Obersekretäre usw.) unterrichtet. Die bereits im praktischen Dienst stehenden Beamten werden zu Sonderberufungen zur Schule abgeordnet. So fanden zahlreiche Kurse für Zugführer, Carlbeamtete usw. statt.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist ständig darauf bedacht, durch Überprüfung und Ausbildung ihres Personals die Sicherheit des Verkehrs und der Reisen zu erhöhen. Aber sie ist dabei auch auf die Mitarbeit des Publikums, von Schule und Elternhaus angewiesen. Daß hier insbesondere Berufs- und Volksschule auf dem Gebiet der Verkehrserziehung wertvolle Fortschritte erzielt haben, zeugt der kürzliche der Ausstellung „Verkehrsunfallverhütung durch Verkehrserziehung“ im Berliner Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.

Schu.

Das eigenständige Volk

Von Dr. Werner Wirths

Im Kriege wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Propagandaparelle erhoben, und in den Genfer Minderheitenverträgen suchte man die schweren Verträge wohl dies propagierte Selbstbestimmungsrecht, die in den Friedensdikтата in größerer Weise Gestalt gewonnen hatten, gleichsam abzufühnen. Bei aller fragwürdigen Ungültigkeit, die diesen internationalen Schutzverträgen eigen ist, sie basieren auf der Erkenntnis (und dem schlechten Gewissen), daß der Dergewaltung lebendigen Volkstums Grenzen gestellt sind, und daß es irgendeine Anrecht der Friedensdiktatoren, die Millionen von ihrem Volksergen abzuschnitten, wenigstens durch die bedingte Anerkennung primitiven Volksrechts auf dem Gebiet der Sprache, der Schule, der Kultur gemindert werden müsse. Schon der Kampf um die Minderheitenrechte aber erweist, wie notwendig es ist, grundsätzliche Klarheit über das Wesen des Volkstums und die Dienstfähigkeit der

Begriffe, die von ihm ausgehen und mit ihm zusammenhängen, zu gewinnen beziehungsweise überhaupt erst zu schaffen. So gründlich die Philosophen die Beziehungen von Mensch und Staat in zweitausendjähriger Arbeit durchdacht und in den verschiedensten Theorien niedergelegt haben, so flüchtig und allenfalls innerhalb bestehender Disziplinen wurde das Volksmäßige, das Sein und Werden, die Unterschiedlichkeit und Verflechtung der Völker berückichtigt, und der beste Beweis für diese Klüde in der politischen und wissenschaftlichen Auffassung ist die immerwährende Dialektik der Zusammengehörigkeit, die das Volksmäßige erfährt. Wohl pflegen die einzelnen Wissenschaften, wie Sprachen- und Sprachkunde, mit diesen Begriffen zu arbeiten, aber sie bleiben gleichsam an der Peripherie des Problems (dieses vielleicht drönnendsten Problems der Völker und insbesondere des deutschen Volkes) stehen, weil sie einer zusammenfassenden schöpferischen

Grundanschauung enthalten, weil ihnen das Volk weder ein lebendiger Begriff noch ein lebendiger Wert ist. Um so notwendiger ist für eine Zeit, die Volk und Volkstum bewusster erkennt, gerade weil sich die politische Macht gegen diese wendet, und ihr früher selbständiges autonomes Leben im Leben des Staates mehr und mehr beschränkt wird, eine allgütige Volkstheorie, deren Wahrheit sich weder der Wissenschaftler noch der Politiker entziehen kann und durch die Wissenschaft und Politik zu volkspolitischer Verantwortlichkeit erziehen werden.

So kommt dem neuen Werke Max Hildebert Boehms: „Das eigenständige Volk“ (Verlag Dandenhoed & Ruprecht, Entscheidungen 1932) innerhalb der volkspolitischen Publizistik eine entscheidende Bedeutung zu. Denn hier sind mit politischem und wissenschaftlichem Reifegrad die volksetheoretischen Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaftler erarbeitet, wird die Lehre vom Staat durch die Lehre vom „eigenständigen Volk“ ergänzt, wird ein zumindest rein wissenschaftlich noch fast unerforschtes Gebiet mit philosophischer Eindringlichkeit erforscht und das Substanzelle der Volkspersönlichkeit umfassend dargestellt.

Es ist auf begründetem Raum nicht möglich, die Untersuchungen, die der Verfasser über die den europäischen Nationalitäten- und Grenzkampf bestimmenden Grundbezüge und Ideen geführt hat, im einzelnen festlich zu behandeln. Nur das Grundtägliche kann herausgehoben werden: die Methode, einen jenseitigen Wahrheit eigenständigen Schutts politischer und wissenschaftlicher Irrtümer hinwegzuräumen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse mit der politischen Erfahrung des vor- und nachkriegszeitlichen Völkereinsatzes zu verbinden und für Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen. Dies

Buch ist Wissenschaft, weil es an Hand eines gewaltigen Materials nachweislich, wie sehr der Wissenschaft bisher die Volkstheorie als objektive Erkenntnisgrundlage gefehlt hat, und es ist im besten Sinne politisch, weil es nicht in Gleichsamkeit erzieht, sondern getreu nach dem lebendigen Erlebnis des trostlichen Ringens deutschen und europäischen Volkstums gegen staatliche Macht und Intoleranz. Zugleich aber ist dieses Werk mehr als ein wissenschaftliche und politische Begriffe klärendes Buch: es zieht aus der Geschichte der Staaten und Völker unerzittliche Folgerungen. Gerade weil es sich nicht romantisch in die modische Anbetung des Volkstümlichen als letzter Instanz verliert und realpolitische und staatliche Notwendigkeiten nicht übersehen, legt es mit leichter Rückblickslosigkeit die Schäden bloß, die eine falsche Staatslehre über Europa brachte, offenbar es mit untrüglicher Gewißheit, daß ohne Anerkennung der Volkspersönlichkeit als der an der Basis Grundform menschlichen Daseins, eine Völkergemeinschaft nicht möglich ist, daß die Beziehungen der Völker von dieser Anerkennung entscheidend abhängen.

Die geistige Krise der Gegenwart — hängt sie nicht damit zusammen, daß zwischen Wirklichkeit und Idee, zwischen Tat und Geist, zwischen politischer Praxis und geistiger Fiktion eine fast unüberbrückbare Kluft besteht? Das Buch Boehms, um die Lösung einer deutschen und europäischen Schicksalsfrage bemüht und in die Tiefen des Volkstums hinabsteigend, schlägt die Brücke. Der Wissenschaftler und der Politiker können sich dabei erheben mit ihm zusammenzuerheben, nicht zuletzt um das eigene geistige Umfeld zu erweitern und das eigene volkspolitische Verantwortungsbewußtsein zu stärken.

Blick in die Bücher

Genfer Abrüstungskonferenz — und was nun? Der deutsche Kampf um Abrüstung und Gleichberechtigung. Von Werner Freiberger von Rheinbaben, Staatssekretär 3. D., deutscher Delegierter zur Abrüstungskonferenz. Entscheidungen der Politik. Heft 2. Verlagsanstalt Otto Stollberg & Co. m. b. H., Berlin. 79 S.

Die Verhandlungen der Allgemeinen Abrüstungskonferenz zwischen dem 2. Februar und 25. Juli d. J. sind bisher noch nirgends im Zusammenhang geschildert worden. Ihr Wiederbeschlag durch zahlreiche Abrüstungsabkommen und Einigungsberichte der einzelnen Kommissionen der Abrüstungskonferenz, durch die sich nur geschulte durcharbeiten können. Es ist deshalb sehr dankenswert, daß einer der deutschen Delegierten auf der Konferenz, Staatssekretär 3. D. Freiberger von Rheinbaben, den Gang der Verhandlungen in der vorliegenden Schrift kurz zusammengefaßt hat. Er tut dies mit der gründlichen Kenntnis des an den Verhandlungen beteiligten Sachvertrags und mit dem geübten Blick des erfahrenen Politikers für das Wesentliche. Bei der Bedeutung des Abrüstungsproblems für die deutsche Außenpolitik wird die Schrift allen außenpolitisch Interessierten von Wert und Nutzen sein. Denn auch Deutschland lag an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht beteiligt, bis die Gleichberechtigungsfrage eindeutig klargestellt ist, ist doch wohl zu erwarten, daß wir der Konferenz nicht dauernd fernbleiben. Ohne uns wäre ja ein allgemeines Abrüstungsabkommen unmöglich. Die Schrift Rheinbabens wird auch, wenn erst die Verhandlungen der Konferenz wieder voll in Gang sind, besonders wertvoll sein für alle diejenigen, die den Verhandlungen folgen wollen. Im Anhang gibt Rheinbaben einige der wichtigsten Dokumente zum deutschen Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage wieder, deren Kenntnis zum Verständnis der künftigen Verhandlungen über diese Frage unentbehrlich ist. Der Schrift Rheinbabens wünscht man eine möglichst weitgehende Verbreitung. Mit ihr ist die Schriftenfolge „Entscheidungen der Politik“ in wirkungsvoller Weise fortgesetzt.

K. St.

Graf Weizsäcker: Am Grabe der Parteiherrschaft / Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918 bis 1932. Verlag Georg Stilke, Berlin. 1932. 152 Seiten. Preis 1,50 RM. brosch.

Einer der erfahrensten Parlamentarier des konstitutionellen und des demokratischen Deutschland gibt hier eine sorgfältige Übersicht zur staatsrechtlich-ethischen Entwicklung unseres Parteiwesens. Der Parteipolitik steht er ohne Vorurteile gegenüber, die Partei als Einrichtung hält er auch in Zukunft für unentbehrlich. Aber die Staatsleitung der Parteiherrschaft in der Nachkriegszeit erscheint ihm durchaus negativ.

Weizsäcker zerlegt die Zeit von 1918 bis 1932 in drei Abschnitte. Zunächst beschäftigt er sich mit dem Novembersturz, den die Neuordnung der Reichsgewalt abschloß. Der zweite Abschnitt ist ihm die Geschichte der großen Kämpfe um die durch Versailles bedrohte Existenz der Nation. Das Jahr 1924 bedeutet die Wende zu einem Aufschwung, der mit wechselnden Erfolgen bis zum Jahre 1930 reicht und sich dann als Fehlgründung erweist. Mit der Regierung Brü-

ning beginnt dann die Rückkehr zum Gedanken der autoritären Staatsführung. Fehlschläge der inneren und äußeren Politik zerfallen das Vertrauen zum Parteiregiment. „So kam“, wie Weizsäcker schreibt, „die Götterobermüdung der Parteien. Ihr Verfall hatte die Möglichkeit zu einer tatsächlichen Veränderung eines der absoluten Herrscher eröffnet. Durch eine ständige sich abspielende Bewegung in den Wählermassen wurden sie in ihrem Bestand und inneren Bau erschüttert.“ Weizsäcker kommt dann aber zu der Feststellung, daß die neuen Bewegungen, insbesondere der Nationalsozialismus, wiederum auf den Kurs der Parteiherrschaft losgerichtet sind. Jede politische Massenorganisation wird nach Weizäckers Ansicht diese verhängnisvollen Weg gehen müssen, weil die agitatorisch zusammengetriebenen Wählermassen die Führung zwingen, das demokratische System zur Durchführung ihrer Interessensprogramme zu benutzen.

Künftigen Reformen wird man dadurch eine organische Grundlage geben müssen, daß man die Kraft behindert, die hinter den Parteien stehen. Die Parteiengeschichte ist eine Geschichte der Aufregungen des Volkswillens, aber dieser Volkswille selbst beruht auf öffentlichen Zuständen, die zu bestimmten Verhaltensweisen hindrängen. Es genügt also nicht, wenn man aus dem, was sich im Reichstag in den letzten vierzehn Jahren abgespielt hat, seine Schlüsse zieht. Darum bedarf jede Geschichte des parlamentarischen Ablaufs einer Ergänzung durch eine Ideengeschichte. Graf Weizsäcker hat sich darauf beschränkt, das Tun und Unterlassen der Volkstretter aufzuzählen. Was uns jetzt noch fehlt, wäre eine Geschichte der weltanschaulichen Überzeugungen, aus denen sich der Wandel in Partei und Wirkungsbild der Parteienzugsgruppen ergäbe. Weizäckers Verdienst ist die klare Aufreißung des parlamentarischen Gefühls; aber erst die Hintergründe dieses Meinens und Wollens deuten uns die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung.

Dr. Sch.—Pf.

Die Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung. Ein praktischer Wegweiser durch den Wirtschaftskreisplan vom 4. September 1932. Herausgegeben von der Reichsgesellschaft für Heimatsdienst. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35. 63 Seiten. Preis: 0,40 RM.

Dieser kleine Wegweiser ist im Einvernehmen mit der Reichszentrale für Heimatsdienst von achtundzwanzig Autoren bearbeitet worden; Ministerialrat Zilow schrieb über die Steuerzuteilung für Steuerzahlungen, Ministerialdirektor Dr. Weizäcker über die Beschäftigungsprämie und Ministerialdirektor Dr. Siggler über die Tarifunterstützung zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes. Ein Anhang unterrichtet ferner über den Reichszuschuß für Durchführung von Bauarbeiten. In lebendiger Form und übersichtlicher Gliederung werden der Wirtschaftskreisplan des Reiches und der wesentliche Inhalt der einschlägigen Verfügungen bestimmend dargestellt. Der Inhalt der Literatur, durch Beispiele wird das zum Teil schwierige Sachgebiet im einzelnen aufgeklärt. Jedem, der im praktischen Wirtschaftsleben steht, dem Gewerbetreibenden, dem Kaufmann, Landwirt, Grundbesitzer, dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer, wird dieses Büchlein wertvolle Dienste zu leisten vermögen.

Eichendorff / zu seinem 75. Todestage am 26. November 1932

Von Alfred Hehn



Eichendorff

kann fast in allen Prosaerwerken und Gedichten Eichendorffs Stileinflüsse anderer Dichter feststellen, und doch ist etwas ihm allein unter den deutschen Dichtern ureigen: die waldbogige, frohe Singhaftigkeit seiner Lieder, die immer wieder wunderbar berührende kindliche Reinheit des gläubigen Hergens, die aus seinen Erzählungen spricht.

Am, selbst wo Eichendorff im „Schloß Dürande“ traurige, todsschwere Ereignisse gestaltet, in „Morgens und Gegenwärt“ die napoleonische Zeit kritisiert, das Schicksal blüht auf des Dichters Lippen, die immer wieder auch in den Prosaabhandlungen zu finden beginnen: aus dem Roman „Morgens und Gegenwärt“ blüht das unerblickliche Volkslied „O Täler weit, o Höhen“, der Taugenelichts singt „Wem Gott will rechte Gunst erweisen“.

Eichendorffs Leben erfüllte sich ohne schwere Konflikte und aufreibende Ereignisse. Der Student verließ das oberstelebisches Schloß Kubowitz, wo er am 10. März 1788 geboren wurde, um in Halle und Heidelberg zu studieren. Diese beiden Städte mit ihren romantischen Flußtalern der Saale und des Harzes sind die Crännenstätten unzahliger Eichendorffscher Lieder geworden. Immer wieder finden wir das Schloß auf hohen Fels über bewaldeten Uferhängen gerade gleich dem Siebendünken und der Kurfürstlichen Pfalz. Der

Krieg von 1806/07 führt den Dichter, da Napoleon die Universität Halle schließt, nach Kubowitz zurück. Der Napoleonist jedoch bewegt damals nicht, sondern ist kein Feind; während von der Besiegung Kofels der Kanonen Donner hinhilberbringt, lebt er „wie auf einer felsigen Insel getrennt von der übrigen Welt“ daheim, „durch Feld und Buchenballen“ freireich. Im Sommer 1807 finden wir Eichendorff in Heidelberg; hier überfällt den jungen Dichter der ersten glückseligen Perle und der ersten unglücklichen Liebe Erwachen; unter dem Namen „Florens“ einer romantischen Poetendüne zugesetzt, veröffentlicht er seine ersten Gedichte.

Berlin und Wien sind die nächsten Etappen; in Berlin beeinflusst ihn Friedrich Schlegel entscheidend. Wien aber wird die „Reifung seiner Seele“, bis die Freiheitskriege auch ihn bewegen, ins Kämpferische Freikorps einzutreten. Sein freiwilliges Soldatenamt war nie recht, der dem Feind erprobt. 1814 heiratet er Julie von Karlich, „Dem Gott lieb hab, gab er solche Frauen“, gepfeht Eichendorff in einem seiner Gedichte.

Und nun wird äußerlich sein Leben das eines preussischen Beamten, obwohl der Dichter naturgemäß sich nie recht zum Bürokraten eignete. Er war im Reich der Staatsministerien, Degermet für Kirchen- und Schulwesen, wirkte als Regierungsrat in Königsberg und Danzig — hier hat er sich unerblickliche Verdienste mit seinen erfolgreichen Bemühungen um die Wiederherstellung der Marienburg erworben.

Nach des Vaters Tode hatte die Familie Eichendorff ihren Stammsitz Kubowitz verloren; als es im Lebensabend den Dichter in die oberelschlesische Heimat zurückführt, findet er in Zeitz keine friedliche Wohnstatt, hier stirbt er am 26. November 1857, gerade als er mit der Wiederherstellung des Lebens der heiligen Hedwig, der schlesischen Schutzpatronin, begann. Auf dem Friedhof St. Jeronimus ist dort sein Grab zu finden.

Seine Lieder aber wachen fatterfröhlich in jedem Frühling in unseren Herzen auf und führen uns nach einem fahlen Grunde, wo das Mähnenrad geht, über Täler weit und Höhen in jene entrückte Welt maubendlicher Friedelikeit, wie sie in der „Monatsnacht“ aufklingt:

Es war, als hätte der Himmel die Erde still gefügt —

Klingt namenlos für das breite Dorf sind seine frohen Strophen geworden; der armutvolle Duft seiner heiteren Seele hat unsre Herzen von Kind an durchdrungen, er lebt ewig in allem, was auch noch heut wahrhaft deutsches Leben heißt.

Büchereingang

Wichtiges Buch für Deutschland für den Kultur- und Nationalismus. Ein Buch von Dr. h. c. h. c. Dr. h. c. h. c. Verlag: Verlagsanstalt, Berlin.

„Reisebericht...“ von Dr. h. c. h. c. Verlag: Verlagsanstalt, Berlin.

Gemeinde und Arbeit... Dr. Otto Reubner, 44 c. 1932. St. Otho Verlag, Stuttgart.

Die Gegend im Dienste der Volkswirtschaft... Dr. Otto Reubner, 44 c. 1932. St. Otho Verlag, Stuttgart.

Kaufpreis des Reichsbankpräsidenten Dr. Hans Luther im Oberhof... Dr. Otto Reubner, 44 c. 1932. St. Otho Verlag, Stuttgart.

Entfettungs-Reford



Portrait des Verfassers

An der Zeit von Februar bis Oktober 1931 bin ich von 360 DM. auf 275 DM. gekommen und werde Dr. h. c. h. c. Verlag: Verlagsanstalt, Berlin.

35 DM. Abnahme... Dr. Otto Reubner, 44 c. 1932. St. Otho Verlag, Stuttgart.

ohne jegliche Bekannde... Dr. Otto Reubner, 44 c. 1932. St. Otho Verlag, Stuttgart.

10 Tage gratis... Dr. Otto Reubner, 44 c. 1932. St. Otho Verlag, Stuttgart.

Dampfwäscherei Alfred Mastaleck
 Berlin-Cöpenick / Müllegelmer Straße 48
 Telefon: F 4 Cöpenick 0367

Trocknet im Freien
 Rasenbleiche Rasenbleiche

Ein Führer zu vertieftem deutschen Familienleben!



MUTTER UND KIND

Ein Jahreskalender für Mütter und Kinderfreunde
 Herausgegeben im 6. Jahrgang von Adele Schreiber
 Prachtige Aufnahmen aus dem Kinder- und Familienleben
Preis trotz besserer Aus- stattung herabgesetzt nur 2.85 M.
 Zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

„Zahl und Bild“

Lehrschau vom 3.—30. Nov. 1932

im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht
Berlin W 35 / Potsdamer Straße 120

(täglich von 10—18 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet)

Diese sehr interessante Schau versucht erstmals die Bildstatistik, wie sie von Schulen und Verbänden, Museen und Ausstellungen, für Unterricht, Werbung und Kulturpropaganda, benutzt wird, in den Mittelpunkt der Kritik zu stellen. Eine „Methodik der Bildstatistik“ regt zu Vergleichen und Untersuchungen an. Zahlreiche Behörden und Unternehmungen, Museen, Institute, Verleger und Schulen sind dort vertreten.

Sonderführung

für die Leser des „Heimatdienstes“

Montag, den 21. November 1932, von 4—6 Uhr
Eintritt kostenlos.

*Ein selten günstiges Angebot
für die Leser des „Heimatdienstes“*

Heinrich Seidel's Gesammelte Werke

in 5 Ganzleinenbänden
über 2600 Seiten auf Dünndruckpapier

statt wie bisher RM 30.—

nur RM 7.50

Aus dem Inhalt:

- Bd. I: Lebrecht Hühchen. Von Perlin nach Berlin
Bd. II: Vorstadtschichten I/II
Bd. III: Heimatgeschichten I/II
Bd. IV: Reinhard Flemmings Abenteuer
Bd. V: Spukgeschichten. Phantasiestücke. Musik der armen Leute. Gedichte

Bei Aufgabe der Bestellung bitten wir, den Betrag zuzüglich 40 Rpf. für Porto, zusammen also RM 7.90 gleichzeitig auf unser Postcheckkonto Berlin 1023 83 zu überweisen. Bei Nachnahmezusendung Mehrkosten

Zentral-Schriften-Vertrieb · Berlin W 35

Potsdamer Straße 41

Empfehlenswerte Unterhaltungsbücher

in guten, wohlfeilen Ausgaben. Jeder Band

HAUER RM 2.85

- Theodor Fontane:**
Vor dem Sturm. Roman aus dem Winter 1812 auf 1813. Vollständige Ausgabe. — 640 Seiten.
- Gustav Freytag:**
Soll und Haben. Der deutsche Kaufmannsroman. Vollst. Ausg. 784 S.
- Gustav Freytag:**
Die Ahnen. Alle sechs Bände vollständig in zwei Bänden. — 1748 Seiten.
- Gustav Freytag:**
Die verlorene Handschrift. Vollst. Ausg. — 704 Seiten.
- Knut Hamsun:**
Das letzte Kapitel. Roman. Vollständige Ausgabe. 525 Seiten.
- Wilhelm Raabe:**
Der Hungerpastor. Roman. Vollständige Ausgabe. 530 Seiten.
- Wilhelm Raabe:**
Die Chronik der Sperlingsgasse. Roman. Vollständige Ausgabe.
- John Galsworthy:**
Jenseits. Der Roman einer Leidenschaft.
- Rudolf Herzog:**
Die Wiskottens. Roman. Vollständige Ausgabe. — 480 Seiten.
- Ludwig Ganghofer:**
Der Klosterjäger. Roman aus dem 14. Jahrhundert. Vollständige Ausgabe. — 512 Seiten.
- Ludwig Ganghofer:**
Der Mann im Salz. Roman aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts. Vollständige Ausgabe. — 509 Seiten.
- Ludwig Ganghofer:**
Das Schweigen im Walde. Roman. Vollständige Ausgabe. — 511 Seiten.
- Ludwig Ganghofer:**
Die Martinsklause. Roman aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts. Zwei Bände vollständig in einem Band. — 520 Seiten.
- Ludwig Ganghofer:**
Edelweißkönig. Hochlandsroman.
- Ludwig Ganghofer:**
Schloß Hubertus. Roman. Die zwei Bände vollst. in einem Band. — 512 Seiten.
- J. C. Heer:**
Der Wetterwart. Roman. Vollständige Ausgabe. — 480 Seiten.
- Richard Voß:**
Alpentragödie. Roman aus dem Engadin. Vollst. Ausg. — 456 Seiten.
- Georg Hermann:**
Jettchen Gebert. Roman. Vollst. Ausgabe.
- Thomas Mann:**
Die Buddenbrocks. Roman. Vollständige Ausgabe.

Die Zusendung der Bücher erfolgt gegen Voreinsendung des Betrags, dem 40 Rpf. für Porto hinzuzurechnen sind oder unter Nachnahme

Zentral-Schriften-Vertrieb Berlin W 35,

Potsdamer Straße 41 / Postcheckkonto Berlin 102383

ÖLGEMÄLDE

nambafter Maler, konkurrenzlos billig
von Mk. 25.— an, 3 Tage zur Ansicht
Über 1000 zufriedene Kunden. Für Mitglieder
10% od. Zahlungsvereinfachung ohne Preisaufschlag
bis 12 Monate. Beschäftigen Sie unverbindlich
unsere Ausstellung oder verlangen Sie photo-
graphische Abbildungen Nr. 110.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

„Der Kunstkreis“ 6. m. b. H.
Verkaufsstelle d. Deutschen Maler-Gilde e. V.
Berlin G25, Kurze Straße 17, hinter dem Lehrer-
vereinshaus, an der Landsberger Straße. Geschäfts-
zeit 9—7 Uhr. Telefon: Kumpferden 4048

Dekorative Raumkunst

Wohn- und Geschäftsräume
Spez.: Treppenture, Fassaden
**Gediegene Wertarbeit,
aber allerbilligste Preise!**
Auch Zahlungserleichterung.

Malerei Werkstätten Wald
Neukölln, Hermannstraße 16
Anruf: F 2, Neukölln, 2295.

Polsterarbeiten

Umarbeiten, neuzeitliche
Formgestaltung, Dekoration
werden von erstklassigen alten Fach-
mann zu billigsten Preisen ausgeführt.
Paul Ponsong sen.,
Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 36.



Diesmal nur Praktisches!
Korbmöbel ab Fabrik!
Niedrige Preise, franko Lfg.
Schlager: 3teil. Polstergarn.
Mk. 50.—, Katalog gratis.
Korbmöbelfabrik Böhm.
Oberlangenstadt 327, Lichtleit.-Land.

Der deutsche Volkswirt

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK
UND WIRTSCHAFT

herausgeber Gustav Stolper

VERLAG UND REDAKTION:
BERLIN W 35, SCHÖNEBERGER UFER 12

Erscheint jeden Freitag. Einzelnummer RM 1.50
Jahresabonnement vierteljährl. RM 12.—

Unterrichtend · Unabhängig · Unparteiisch

Die einzige große politisch-
wirtschaftliche Wochenschrift Deutschlands

Nie war wirtschaftliche Unterrichtung
so notwendig wie heute

Verlangen Sie Probeexemplare kostenlos vom Verlag

Wir liefern an Jedermann

Tuche
Herrn- ab Damen-
Stoffe ab Stoffe
Verlanges ab sofort
bis 10 Meter

Fabrik
Lehmann & Assmy.
Ältestes Tuchverordnungs-
haus mit eigener Fabrikation
Sprengberg i. L. 38

EISEN-Stuben- Betten
Höhen-
schlafstufen, Polster, Stahlrohr,
zu jeder Teilzahlg. Kat. frei.
Büroausstattungsbedarf (Stuhl).

**20000 Brief-
marken**

die in ihrer Samm-
lung fehlen, zur
freien Auswahl für 1 bis
10 Pfennig je Stück.
Verlangen Sie Pro-
spekt über Epa
Auswahlen - R. ROHM,
Berlin N, H. Friedrichstraße 131 d.

Verlangen Sie
kostenlos Prospekt
über
**Staatspolitische
Aufklärungs-
Literatur**
vom
Zentralverlag G. m. b. H.
Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Gelegenheiten in neuen Schmal- filmprojektoren 16 mm

**Lichtstarke Geräte mit Motor
und allem Zubehör. Geeignet für
Kino-Vorführungen in Schulen,
Vereinen, Industrie etc.**

I. Agfa-Movector

(erstes Modell)
16 mm mit 2 Objektiven in Holzkoffer,
110—220 V, Proj.-Bild 2,50 x 2,50 m
Gelegenheit **400.—**

II. Zeiss-Ikon Projektor

(erstes Modell)
mit Universal-Widerstand, lichtstarke
Ausführung, Proj.-Bild bis 2 x 2 m, in
Koffer
Gelegenheit **170.—**

III. Kodak-Kodascope, C"

in Metallkoffer, sehr praktischer Reise-
apparat von geringen Ausmaßen, Proj-
Bild 1,50 x 1,50 m
Gelegenheit **200.—**

Unser Filmverleih von 16 mm Schmalfilmen

enthält Kulturfilm, Sport- und Unter-
haltungsfilm, wissenschaftliche Filme
aller Gebiete. Günstige Leihbedingun-
gen! Filmverzeichnis kostenlos

Wir sind Spezialisten in Schmalfilmbearbeitung

Umkopieren von Normalfilm auf
Schmalfilm, doublen von Schmalfilm-
Kopien, entregnen verschrammte Filme.
Wir übernehmen „Nachregie“, Arrange-
ment, Bildschnitt, Titeltwurf usw.

Ausführung durch 1. Fachleute
Kostenanschlag bereitwilligst

Deutscher Lichtbild-Dienst
Abt. Schmalfilm G. m. b. H.
Berlin W 35, Potsdamer Straße 41